

**Isaak Nachman Steinberg: „Als ich Volkskommissar war“  
oder  
„Eine soziale Revolution, die die Rechte ihrer Klassengegner verteidigt –  
das wäre eine große moralische Lehre der Menschlichkeit gewesen!“<sup>1</sup>**

von Tobias Grill

Für den russländisch-jüdischen Juristen, Politiker, Publizisten und Kulturschaffenden Isaak Nachman Steinberg (1888–1957) blieben die Zeitenwende der Russischen Revolution und die Jahre 1917 bis 1920 sein Leben lang von zentraler Bedeutung. Dies lag nicht nur daran, dass er schon als junger Student aktiv für die Revolution gekämpft und sie herbeigeseht hatte, sondern vor allem auch daran, dass er während der Revolution zu einem ihrer herausragenden Aktivisten avancierte und kurzzeitig zum Volkskommissar für Justiz aufstieg. Was für Steinberg zunächst wie der Anbruch einer neuen Weltepoche oder die „Welterlösung“ aussah, an der er unmittelbar mitwirkte, entpuppte sich schon bald als Chimäre. Anstelle eines radikalen Bruchs mit der Welt des Ancien Régime restaurierten die Bolschewiki nach Ansicht Steinbergs diese unter sozialistischem Vorzeichen. Dass die Oktoberrevolution von den Bolschewiki pervertiert wurde und Revolutionäre wie Steinberg schließlich im Gefängnis landeten oder zur Emigration gezwungen wurden, war sicherlich eine der tragischsten Erfahrungen, die Steinberg sowie auch andere russische Sozialrevolutionäre und Sozialisten in ihrem Leben machen mussten. Die einschneidende Bedeutung, welche die russische Revolutionszeit für Steinbergs Biografie hatte, wird nicht zuletzt an seinen zahlreichen diesbezüglichen Veröffentlichungen deutlich, die über mehrere Jahrzehnte in verschiedenen Sprachen erschienen.

Während im ersten Teil des vorliegenden Aufsatzes Steinbergs politisches Engagement während der Russischen Revolution rekonstruiert werden soll, wird im zweiten Teil sein späteres publizistisches und literarisches Werk herangezogen, um zu analysieren, welche Schlussfolgerungen er aus seinen persönlichen Erfahrungen in der Revolutionszeit zog, inwiefern er die Russische Revolution als eine Zäsur wahrnahm und welche Bedeutung diese für seinen weiteren Lebensweg hatte. Im Zentrum steht dabei die grundsätzliche Frage nach Steinbergs Rechtsverständnis und seinem Verhältnis zur Legitimität von Gewalt und Terror in Zeiten eines revolutionären Umbruchs und bei der Etablierung einer sozialistischen Gesellschaft.

### **Steinbergs Wirken während der Russischen Revolution**

Steinberg wurde 1888 im damals zum Russländischen Reich gehörenden Dvinsk (heute Daugavpils in Lettland) in eine wohlhabende jüdische Familie geboren, in der jüdische

1 I. Steinberg: Gewalt und Terror in der Revolution (Oktoberrevolution oder Bolschewismus), Berlin 1931, S. 39; zuerst auf Russisch erschienen: I.Z. Štejnberg: Nravstvennyj lik revoljucii [Das sittliche Antlitz der Revolution], Berlin 1923, S. 33.

Tradition und Religiosität ebenso wie die jüdische Aufklärung (Haskala) eine große Rolle spielten. Neben einer gründlichen talmudischen Erziehung erhielten Steinberg und sein Bruder Aaron auch eine umfangreiche säkulare Bildung, zunächst im Elternhaus, schließlich in einem Gymnasium. Darüber hinaus kam Isaak Steinberg durch Verwandte schon sehr früh in Kontakt mit den Ideen der Narodniki, ein Umstand, der enorme Auswirkungen auf Steinbergs eigene politische und kulturelle Sozialisation hatte. Laut Aaron Steinbergs (1891–1975) Erinnerungen über die Kindheit und Jugend seines Bruders begann Isaak schon in seiner Jugend eine Weltanschauung zu entwickeln, die Religiosität und philosophische Ideen mit der russischen Narodniki-Variante des Sozialismus verband.

Nach seinem Abitur am Gymnasium in Pernau (estnisch Pärnu) im Sommer 1906 ließ sich Steinberg in Moskau nieder, um dort Rechtswissenschaften zu studieren. Gleichzeitig verschrieb er sich mit Beginn seines Studiums einer aktiven, revolutionären Politik. Nach seinem Beitritt zur Sozialrevolutionären Partei (SR) im September 1906 kandidierte Steinberg bei den Wahlen zur studentischen Selbstverwaltung – eine der Errungenschaften der Revolution von 1905 – für seine Partei. Zwar wurde er knapp nicht gewählt, sein engagierter Wahlkampf empfahl ihn jedoch für weitere Aufgaben. Nach den Wahlen beschloss die Studenten-Fraktion der SR, dass alle ihre Mitglieder auch außerhalb der Universität Untergrundarbeit für die Partei leisten sollten. In diesem Sinne baute Steinberg einen Kreis sozialrevolutionärer Aktivisten auf. Dies führte Anfang März 1907 während eines konspirativen Treffens zu seiner Verhaftung.<sup>2</sup>

Nachdem das ursprüngliche Urteil von drei Jahren Verbannung nach Sibirien auf zwei Jahre Auslandsaufenthalt geändert worden war, entschloss sich Steinberg dazu, sein Jura-Studium in Heidelberg – unter anderem bei Gustav Radbruch (1878–1949) – fortzusetzen. Dieses schloss er 1909 mit einer Dissertation über talmudisches Strafrecht ab.<sup>3</sup> Kurz darauf kehrte er nach Moskau zurück, hier legte er 1911 sein juristisches Staatsexamen ab und arbeitete zunächst als Anwalt. In dieser Eigenschaft verteidigte er vor allem Glaubensgenossen, die gegen antijüdische Gesetze verstoßen hatten, insbesondere gegen das Verbot, sich außerhalb des Ansiedlungsrayons niederzulassen.<sup>4</sup> Während des Ersten Weltkriegs engagierte sich Steinberg im Jüdischen Komitee zur Unterstützung von Kriegsoptionen (EKOP),<sup>5</sup> das in erster Linie Hilfsmaßnahmen für Juden leistete, die von der russischen Armee in andere Teile des Imperiums deportiert worden waren.

Während des Weltkriegs nahm Steinberg sein Engagement in der Partei der Sozialrevolutionäre (PSR) wieder auf. Nach der Februarrevolution wurde Steinberg in Ufa, wo er zu dieser Zeit lebte, nicht nur in den dortigen Stadt-Sowjet, sondern auch zum Delegierten der

2 Vgl. Aharon Shtejnberg: Yitskhak Nakhman Shtejnbergs kinder- un yugnt-jarn (1888–1914), in: Steinberg Buch-Komitee (Hrsg.): Yitskhak Nakhman Shtejnberg. Der mentsh, zejn vort, zejn ojtvo. 1888–1957, New York, NY 1961, S. 51 f.

3 Isaak Steinberg: Die Lehre vom Verbrechen im Talmud. Eine juristisch-dogmatische Studie, Frankfurt a.M. 1910.

4 Vgl. Yehuda Zelitch: Yitskhak Nakhman Shtejnberg – als yurist un folks-komisar far yustits (in di yarn 1910–1918), in: Steinberg Buch-Komitee (Hrsg.), Shtejnberg (wie Anm. 2), S. 178.

5 Vgl. Michl Jankivskij: Icchok-Nachman Štejnberg i territorializm [Isaak Nachman Steinberg und der Territorialismus], in: M. Parchomovskij (Hrsg.): Russkoe Evreystvo v zarubež'e. Stat'i, publikacii, memuary i esse [Das russische Judentum im Ausland. Artikel, Publikationen, Memoiren und Essays], Bd. I (VI), Jerusalem 1998, S. 391.

Verfassungsgebenden Versammlung gewählt.<sup>6</sup> Darüber hinaus war Steinberg Delegierter des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees (VCIK) der Sowjets der Arbeiter, Soldaten und Bauern in Petrograd.<sup>7</sup> Hier ergriff er – nunmehr als Mitglied des ZK einer der Führer der Partei der Linken Sozialrevolutionäre (PLSR) – zum ersten Mal das Wort gegen die seiner Meinung nach zu repressive Politik der Bolschewiki. In der Sitzung vom 1. Dezember 1917 lehnte Steinberg die Entscheidung des Rats der Volkskommissare vom 28. November 1917, die Partei der Kadetten zu einer „Partei von Volksfeinden“ zu erklären und die Verhaftung ihrer Führer anzuordnen, in aller Deutlichkeit ab. So erklärte er in seiner Rede, dass es im „Klassenkampf keinen Platz für willkürliche Unterdrückungsmaßnahmen“ gebe und die „Sowjetregierung nicht die veralteten Methoden Kerenskij's anwenden“ dürfe.<sup>8</sup> Für Vladimir Lenin (1870–1924) und Lev Trockij (1879–1940) war die Haltung der PLSR, wie sie von Steinberg zum Ausdruck gebracht wurde, unhaltbar. Während Steinberg indirekt vor dem Auseinanderjagen der Konstituante und ungezügelter Terror gegen politisch Andersdenkende warnte, redete Trockij diesem vielmehr das Wort, indem er erklärte, dass nach dem Vorbild der *Terreur* der großen französischen Revolutionäre auf die Feinde nicht das Gefängnis, sondern die Guillotine warte.<sup>9</sup>

### **Steinberg als Volkskommissar für Justiz: Vergeblicher Kampf für Rechtsstaatlichkeit**

Trotzdem oder gerade deshalb trat die PLSR nur wenige Tage später – am 12. Dezember 1917 (a.S.) – in den Rat der Volkskommissare ein, um eine Koalitionsregierung mit den Bolschewiki zu bilden. Steinberg erhielt das Amt des Volkskommissars für das Justizwesen. Alles andere als zufällig wurde genau an jenem Tag, an dem der von den Bolschewiki geführte Rat der Volkskommissare die von der PLSR gestellten Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung „mit einigen Änderungen“ annahm, eilig die ČK (Tscheka), die „Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage“ gegründet. „Lenin rechnete damit“, so der Historiker Alexander Rabinowitch, „dass das Justizkommissariat unter Steinberg Scherereien machen würde. Noch bevor es dazu kam, wollte er unbedingt die WTscheka [=ČK; T. G.] geschaffen haben, die ausschließlich mit

6 Vgl. I.N. Steinberg: In the Workshop of the Revolution, New York, NY u.a. 1953, S. 58 und 258.

7 Laut Razgon war Steinberg eine „äußerst bedeutende“ Persönlichkeit des VCIK, ein „Polemiker“, für den die Arbeit im VCIK „wie geschaffen [...] war“, vgl. A.I. Razgon: Zabytye Imena [Vergessene Namen], in: Pervoe Sovetskoe Pravitel'stvo [Die erste sowjetische Regierung], Oktjabr' 1917–Ijul' 1918, Moskau 1991, S. 456.

8 Rede Steinbergs im VCIK am 1.12.1917, zitiert nach John Keep: The Debate on Soviet Power. Minutes of the All-Russian Central Executive Committee of Soviets. Second Convocation, October 1917 – January 1918, Oxford 1979, S. 173 f. Steinbergs Rede ist in ähnlichem Wortlaut auch in seinen Erinnerungen zu finden: I. Steinberg: Als ich Volkskommissar war. Episoden aus der russischen Oktoberrevolution, München 1929, S. 54. Wie Steinberg in diesen 1929 veröffentlichten Erinnerungen erklärte, lag in diesem Dekret „schon die Legalisierung des späteren blutigen Terrors“, vgl. ebenda, S. 52. Vgl. auch Steinberg, Gewalt (wie Anm. 1), S. 35 f.

9 Vgl. die Rede Trockij's im VCIK am 1.12.1917, zitiert nach Keep, Debate (wie Anm. 8), S. 177 f. Vgl. hierzu auch Ettore Cinnella: The Tragedy of the Russian Revolution. Promise and Default of the Left Socialist Revolutionaries in 1918, in: Cahiers du Monde Russe 38 (1997), H. 1-2, S. 45-82, hier S. 51.

zuverlässigen Bolschewiki besetzt und direkt dem bolschewistisch dominierten Sownarkom [Rat der Volkskommissare; T. G.] unterstellt sein sollte.“<sup>10</sup>

Tatsächlich wurde sofort deutlich, dass Lenins Befürchtungen nicht unbegründet waren. Nur drei Tage nach Amtsantritt gab Steinberg am 15. Dezember 1917 ohne Rücksprache mit dem Rat der Volkskommissare ein Dekret heraus, wonach sämtliche Häftlinge, die im Smol’nyj oder auf dem Gelände des Revolutionären Tribunals einsaßen, sofort in die fünf wichtigsten Gefängnisse in Petrograd überführt werden sollten. Dort sollten durch Ausschüsse die Gründe für die Verhaftung dieser Häftlinge überprüft und entweder ein Gerichtsverfahren gegen sie eröffnet oder innerhalb von 48 Stunden ihre Freilassung verfügt werden.<sup>11</sup> Von Beginn an ließ Steinberg die Absicht erkennen, die ČK der Kontrolle seines Volkskommissariats zu unterstellen. In diesem Sinne handelte er auch, als er alle Unterlagen, die sich in der Hand der ČK befanden, zur Überprüfung anforderte und schließlich sogar beim Rat der Volkskommissare offiziell den Antrag stellte, eine Untersuchung gegen die ČK durchführen zu dürfen.<sup>12</sup> Selbstverständlich hatten die Bolschewiki unter Führung Lenins keinerlei Interesse an einer „Einhegung“ der ČK und lehnten dementsprechend Steinbergs Anträge im Sownarkom ab.

Steinberg ließ jedoch nicht locker und provozierte schließlich am 18. Dezember 1917 (a.S.) – zu diesem Zeitpunkt war er nicht einmal eine Woche im Amt – einen offenen Konflikt mit der ČK, als er ohne Rücksprache mit dem Rat der Volkskommissare die Freilassung von führenden Sozialrevolutionären und Menschewiki anordnete, die bei einer Kundgebung des „Komitees zur Verteidigung der konstituierenden Versammlung“ verhaftet worden waren. Als am folgenden Tag der ČK-Führer Feliks Dzierżyński (1877–1926) im Rat der Volkskommissare gegen Steinbergs Anordnung protestierte und erklärte, dieser habe die ČK gedemütigt, entwarf Lenin einen Beschluss des Rates der Volkskommissare, den Stalin und er selbst unterzeichneten. Darin wurde festgestellt,

„daß Beschlüsse der Kommission Dzierzynskis [gemeint ist die ČK; T. G.] wie auch der anderen von den Sowjets eingesetzten Kommissionen einzig und allein in der Weise abgeändert werden können, daß sie im Rat der Volkskommissare angefochten werden, keinesfalls aber durch eigenmächtige Verfügungen des Kommissars für Justiz.“ Weiter hieß es: „Der Rat der Volkskommissare vertritt ferner den Standpunkt, daß die Handlungsweise der Genossen Steinberg und Karelin, die in der Nacht vom 18. zum 19. XII. die Verhafteten freigelassen haben, sowohl formal als auch dem Wesen der Sache nach ungesetzlich war, da sie nicht nur den Befugnissen der Kommission Dzierzynski widersprach, sondern auch dem am 18. XII. abends angenommenen direkten Beschluß des Rates der Volkskommissare, die Verhafteten festzuhalten, bis man das Nötige über ihre Person festgestellt hat.“<sup>13</sup>

10 Alexander Rabinowitch: Die Sowjetmacht. Das erste Jahr, Essen 2010, S. 115 f.

11 Vgl. ebenda, S. 116; George Leggett: The Cheka: Lenin’s Political Police. The All-Russian Extraordinary Commission for Combating Counter-Revolution and Sabotage (December 1917 to February 1922), Oxford 1981, S. 47.

12 Vgl. Rabinowitch: Sowjetmacht (wie Anm. 10), S. 116 f.

13 Zitiert nach dem Entwurf eines Beschlusses des Rates der Volkskommissare über die falsche Handlungsweise des Volkskommissars für Justiz I.S. Steinberg und des Kollegiummitglieds des

Während Lenin über Steinbergs eigenmächtiges Vorgehen empört war, setzte Steinberg den Versuch, die ČK seinem Volkskommissariat unterzuordnen, fort. Im Zusammenhang mit dem Konflikt um den Haftbefehl gegen die Verteidiger der Konstituante soll er der „Delo Naroda“ zufolge sogar die Forderung erhoben haben, die ČK vom Smol'nyj, dem Sitz des Rats der Volkskommissare, ins Justizkommissariat zu überführen und somit ihm zu unterstellen.<sup>14</sup> Tatsächlich hatten er und die anderen Linken Sozialrevolutionäre im Rat der Volkskommissare einen Beschluss vorgelegt, der Steinberg deutlich erweiterte Kontrollmöglichkeiten über die ČK zugestanden hätte. Dies lehnte Lenin jedoch ab.<sup>15</sup>

In der Folgezeit protestierte Steinberg im Rat der Volkskommissare immer wieder gegen Missbräuche der ČK, verlangte, bestimmte korrupte oder willkürlich agierende Untersuchungsbeamte zu entlassen,<sup>16</sup> und forderte, dass er als Generalstaatsanwalt der Republik Haftbefehlen der ČK grundsätzlich zustimmen müsse. Zudem bestand er in einer Sitzung des Rats der Volkskommissare auf dem Recht, der ČK Fälle entziehen und ihre Befehle annullieren zu dürfen, sofern er dies für nötig hielt.<sup>17</sup> Der Bolschewik Aleksandr Šlichter (1868–1940), Volkskommissar für die Lebensmittelversorgung und enger Vertrauter Lenins, schrieb in seinen Erinnerungen, er habe Lenin niemals zuvor oder danach derartig wütend gesehen wie in dem Moment, als dieser sich die Forderungen Steinbergs zu Ende angehört hatte.

Grundsätzlich ging es dem Juristen Steinberg darum, die Revolution zu verrechtlichen und die Zahl der Willkürakte zu begrenzen. In diesem Sinne beauftragte er seinen Stellvertreter Aleksandr Šrejder, ebenfalls ein Linker Sozialrevolutionär, damit, sich um die Ausarbeitung eines Kompendiums der revolutionären Gesetze Russlands und Leitlinien für revolutionäre Tribunale zu kümmern, um die Justiz von Willkür zu befreien und ihre Strukturen und Verfahrensweisen zu ordnen.<sup>18</sup> Wie Helmut Altrichter betont, hatten die Linken Sozialrevolutionäre und insbesondere Steinberg das Justizkommissariat „ausdrücklich mit dem Ziel“ übernommen, „die unterbrochene Tradition der liberalen Rechtsreform von 1864 fortzusetzen“.<sup>19</sup>

Volkskommissariats für Justiz W.A. Karelin vom 19.12.1917 (1.1.1918), in: W.I. Lenin und die Gesamtrussische Tschecha. Dokumentensammlung (1917–1922), Potsdam 1977 [Übersetzung von V.I. Lenin i VČK. Sbornik Dokumentov (1917–1922 gg.), Moskau 1975], S. 48. Siehe auch Protokoly Zasedanij Soveta Narodnych Komissarov RSFSR. Nojabr' 1917–Mart 1918 g. [Protokolle der Sitzungen des Rats der Volkskommissare der RSFS. November 1917–März 1918], Moskau 2006, S. 453.

14 Vgl. Prikaz ob areste V.M. Černov, in: Delo Naroda, Nr. 237, 20.12.1917, S. 3.

15 Vgl. Lenin (wie Anm. 13), S. 49 f.

16 Allein im Dezember 1917 und Januar 1918 war der Rat der Volkskommissare elf Mal mit Forderungen Steinbergs konfrontiert, die ČK unter seine Kontrolle zu stellen. Vgl. Razgon, Imena (wie Anm. 7), S. 457; vgl. auch Rabinowitch, Sowjetmacht (wie Anm. 10), S. 119 sowie Steinberg, Volkskommissar (wie Anm. 8), S. 123–138.

17 Vgl. A. Šlichter: Il'ič, kakim ja ego znal. Koe-čto iz vstreč i vospominanij [Il'ič, wie ich ihn kannte. Einiges über Begegnungen und aus Erinnerungen], Moskau 1970, S. 90 f.

18 Vgl. Rabinowitch, Sowjetmacht (wie Anm. 10), S. 117.

19 Helmut Altrichter: Staat und Revolution in Sowjetrussland 1917–1922/23, Darmstadt <sup>2</sup>1996, S. 145. Zu den Einzelheiten des von den Linken Sozialrevolutionären um Steinberg und Šrejder ausgearbeiteten liberalen Gerichtsdekrets Nr. 2, das im März 1918 veröffentlicht wurde, vgl. ebenda, S. 145–147.

Zwei Monate später, am 14. Februar 1918, sandte Steinberg folgendes Telegramm an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten in den Provinzen:<sup>20</sup>

„Angesichts der Festigung der Sowjetmacht sind wir der Meinung, dass der Moment eingetreten ist, in dem systematische Unterdrückungsmaßnahmen gegen Personen, Einrichtungen und Zeitungen aufhören müssen. Die Unterdrückung oder Verhinderung aktiver konterrevolutionärer Erscheinungen muss im Rahmen einer revolutionären Rechtsordnung durchgeführt werden. Politische Verhaftungen, Durchsuchungen und Beschlagnahmungen sollen nur durch eine Untersuchungskommission vollzogen werden, deren Zusammensetzung veröffentlicht werden muss. [...] es möge niemand wagen zu sagen, dass auf dem Territorium der Sowjetrepublik keine sozialistische Gerechtigkeit existiere. Die Revolution ist streng zu ihren aktiven Feinden und großmütig zu den Niedergeworfenen und Besiegten.“<sup>21</sup>

Steinbergs Tätigkeit als Volkskommissar für Justiz war nicht nur davon bestimmt, Menschlichkeit und eine gewisse Form der Rechtsstaatlichkeit in der Justiz und den Strafverfolgungsorganen zu etablieren, sondern zielte vor allem darauf ab, das Ansehen der Oktoberrevolution zu schützen und nicht durch willkürliche und übermäßige Akte von Gewalt oder Terror besudeln zu lassen.

Lenin und seine Mitstreiter nahmen Steinberg zunehmend als ein Hindernis wahr, das ihrer Absicht, ein allgegenwärtiges Terrorregime zu errichten, im Wege stand. So beschwerte sich Jēkabs Peterss (1886–1938), einer der beiden Stellvertreter Dzierżyńskis, dass Steinberg jeden mehr oder weniger entscheidenden Schritt, die Feinde der Sowjetmacht zu bekämpfen, behindere und versucht habe, die ČK unter seine Kontrolle zu bringen. Grundsätzlich hätten, so Peterss, die Linken Sozialrevolutionäre jeden Fehler der ČK übertrieben und ihre Vorrechte bekämpft.<sup>22</sup>

Wie Steinberg später schrieb, strebte Lenin seit den ersten Tagen der Oktoberrevolution danach, seine Mitstreiter und Genossen von der absoluten Notwendigkeit von Gewalt, Exekutionen und Terror zu überzeugen. Als der Bolschewik Lev Kamenev (1883–1936) auf dem Sowjet-Kongress nach dem Oktoberumsturz vorschlug, die von Aleksandr Kerenskij (1881–1970) wieder eingeführte Todesstrafe an der Front abzuschaffen, soll Lenin wütend geschrien haben: „Was für ein Unsinn. Kann man eine Revolution ohne Exekutionen machen?“ Als im Februar 1918 im Rat der Volkskommissare das Dekret „Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr!“ diskutiert wurde, das feindlichen Agenten, Spekulanten, Verbrechern, Rowdys, konterrevolutionären Agitatoren und deutschen Spionen mit soforti-

20 Es ist nicht ganz klar, an wen genau Steinberg das Telegramm gesendet hat. Laut seiner eigenen Aussage ging es an die Deputierten in den Provinzen. Dies wird aber in der Quellensammlung Partija Levych Socialistov-Revoljucionerov. Dokumenty i Materialy, Tom 1, Ijul' 1917 g. Maj 1918 g. [Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre. Dokumente und Materialien, Bd. 1, Juli 1917–Mai 1918], Moskva 2000, S. 179 nicht erwähnt.

21 Telegramm Steinbergs an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputierten vom Februar 1918, vgl. ebenda. Steinberg hat dieses Telegramm, das er auf den 14.2.1918 datiert, in äußerst ähnlicher Weise in seinem Buch über Maria Spiridonova wiedergegeben. Vgl. Isaac Steinberg: Spiridonova. Revolutionary Terrorist, New York, NY 1935; Nachdruck 1971, S. 196.

22 Vgl. Leggett, Cheka (wie Anm. 11), S. 51.

ger Erschießung drohte, protestierte Steinberg laut Trockij vehement gegen „diese brutale Drohung“, die das „Pathos des Aufrufes“ beeinträchtigte“. Darauf antwortete Lenin: „Im Gegenteil [...] gerade darin liegt das revolutionäre Pathos. [...] Glauben Sie denn, dass wir ohne den brutalsten revolutionären Terror als Sieger hervorgehen werden?“<sup>23</sup> Hier platzte Steinberg der Kragen: „Was schlagen wir uns dann mit einem Kommissariat für Justiz rum? Wir können es doch offen Kommissariat für soziale Ausrottung nennen und damit hat es sich!“ Darauf antwortete Lenin, dass es genau so sein sollte, jedoch könne man das nicht sagen.<sup>24</sup>

### Steinbergs Rolle während der Verfassungsgebenden Versammlung

Obwohl Steinberg von Beginn an den Terror der Bolschewiki bekämpfte und ihm offenbar bewusst war, dass diese eine Diktatur ihrer Partei anstrebten, hinderte ihn dies nicht daran, die Politik Lenins und seiner Mitstreiter zu unterstützen. Dies wurde vor allem bei der Frage des Umgangs mit der Konstituierenden Versammlung deutlich. Lange Zeit war Steinberg, wie auch andere (Linke) Sozialrevolutionäre, als Fürsprecher der Konstituante aufgetreten. So hatte er in der bereits erwähnten Sitzung des VCIK vom 1. Dezember 1917 erklärt, dass das Dekret des von den Bolschewiki dominierten Rats der Volkskommissare, die Kadetten zu einer „Partei von Volksfeinden“ zu erklären, den Wunsch erkennen lasse, die Konstituante zu sprengen und dass die Linken Sozialrevolutionäre einen solchen Schritt kategorisch ablehnten. Im Namen seiner Fraktion bestand Steinberg darauf, „die Konstituante in ihrem vollen, gewählten Umfang einzuberufen und ihr die Frage von Frieden, Land, und Arbeiterkontrolle vorzulegen“. Die Konstituierende Versammlung solle derselben Prüfung unterzogen werden wie die Provisorische Regierung: Sofern sie die Sowjetmacht bekämpfe, werde sie sich selbst zerstören.<sup>25</sup> Auch wenn sich Steinberg weiterhin in aller Deutlichkeit für die Einberufung der Konstituante ausgesprochen hatte, so erwartete er zu diesem Zeitpunkt bereits von ihr, im Sinne der Sowjetmacht zu handeln und zu entscheiden. So hatte er rund zwei Wochen zuvor auf dem 1. Parteitag der PLSR Ende November 1917 erklärt:

„Wenn ich sage, daß die oberste Regierungsgewalt auf die Konstituante übertragen wird, dann habe ich lediglich eine formale Übergabe im Auge, dies heißt nicht, daß die Sowjets entwaffnet werden und auseinandergehen müssen. Nein, sie müssen wachsam sein, und nur wenn die Konstituierende Versammlung erste Schritte gegen die Interessen der Demokratie unternimmt, müssen die Sowjets die mit Füßen getretenen Rechte verteidigen.“<sup>26</sup>

23 Lev Trockij: Über Lenin. Material für einen Biographen, Berlin 1924, S. 112. Nahezu identisch zu finden in Steinberg, Workshop (wie Anm. 6), S. 144 f.

24 Vgl. Steinberg, Workshop (wie Anm. 6), S. 145. Siehe auch Orlando Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der Russischen Revolution 1891–1924, Berlin 2008, S. 567.

25 Rede Steinbergs im VCIK am 1.12.1917, zitiert nach Keep, Debate (wie Anm. 8), S. 174.

26 Partija (wie Anm. 20), S. 151; hier zitiert nach Lutz Häfner: Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre in der Russischen Revolution von 1917/18, Köln u.a. 1994, S. 248.

Damit hatte sich die Haltung Steinbergs zur Konstituante in den Monaten seit der Februarrevolution deutlich gewandelt. Ein solcher Meinungsumschwung war keineswegs untypisch und hing mit dem Umstand zusammen, dass die Einberufung der Versammlung immer wieder verschoben und damit auch eine Entscheidung über die Verfassungsordnung des post-zaristischen Staates und die Lösung anderer drängender Probleme massiv verzögert worden waren. So hatte Steinberg noch Ende Mai 1917 im Sowjet von Ufa erklärt, dass allein die Konstituierende Versammlung „die kardinalen Fragen des Lebens“ entscheiden könne.<sup>27</sup>

Nur ein halbes Jahr später hatte Steinberg die Ansicht, wonach man jegliche grundsätzliche Entscheidung der Konstituante zu akzeptieren habe, aufgegeben. Mit dem Oktoberumsturz war für Steinberg die Macht formal auf die Sowjets übergegangen, dies bedeutete, dass die Konstituante im Sinne der Sowjetmacht und der Oktoberrevolution zu handeln hatte. In Steinbergs Augen war nun der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten „Herr des Lebens“, nicht mehr die Verfassungsgebende Versammlung. Steinberg, aber auch andere Parteigenossen versuchten dennoch weiterhin die Rechte der Konstituante und ihrer Delegierten gegen die Bolschewiki um Lenin, der die Konstituierende Versammlung für überholt erklärt hatte,<sup>28</sup> zu verteidigen. In diesem Zusammenhang sei nur daran erinnert, dass Steinberg am 18. Dezember 1917 – also rund drei Wochen vor Zusammentreten der Konstituante am 5. Januar 1918 (a.S.) – ohne Rücksprache mit dem Rat der Volkskommissare die Freilassung von Aktivisten des „Komitees zur Verteidigung der konstituierenden Versammlung“, die bei einer Kundgebung verhaftet worden waren, verfügt und damit einen schweren Konflikt mit der ČK und Lenin in Kauf genommen hatte.

Als am Nachmittag des 5./18. Januar 1918 die Konstituante endlich zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat, stellten die Fraktionen der Bolschewiki und der PLSR, wie nicht anders zu erwarten, die Machtfrage, indem sie von der Versammlung kategorisch verlangten, die vom VCIK am 3./16. Januar 1918 verabschiedete „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ zur Grundlage ihrer Tätigkeit zu erklären.<sup>29</sup> Für die Fraktion der Linken Sozialrevolutionäre machte Steinberg in seiner Rede unmissverständlich deutlich, dass man von der Konstituierenden Versammlung ein klares Bekenntnis zu den Errungenschaften der Oktoberrevolution und ihre Unterordnung unter die Sowjets erwartete.<sup>30</sup> Die Mehrheit der Delegierten der Konstituante wähnte sich aber keineswegs mit Bolschewiki und Linken Sozialrevolutionären auf derselben Seite der Barrikaden und lehnte, wie zu erwarten, ein explizites Bekenntnis zum „Roten Oktober“ ab. Aus Protest

27 B.M. El'cin: Dni oktjbr'skogo perevorota na Južnom Urale i v Ufe [Die Tage des Oktoberumsturzes im südlichen Ural und in Ufa], zitiert nach Häfner, Partei (wie Anm. 26), S. 247, Anm. 161.

28 Manfred Hildermeier: Russische Revolution, Frankfurt a.M. 2004, S. 49.

29 Dieser Resolutionsantrag war für die Mehrheit der Delegierten der Konstituante kaum annehmbar, da er ein unbedingtes Bekenntnis zur Oktoberrevolution und ihre Unterordnung unter die Sowjets und den Rat der Volkskommissare verlangte. Vgl. Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes. Resolutionsantrag der bolschewistischen Fraktion in der Konstituierenden Versammlung, 18.1.1918, in: Helmut Altrichter (Hrsg.): Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 1: Staat und Partei, München 1986, S. 142.

30 Vgl. Tat'jana Novickaja (Hrsg.): Učreditel'noe Sobranie. Rossija 1918. Stenogramma i drugie dokumenty [Die Konstituierende Versammlung. Russland 1918. Stenogramm und andere Dokumente], Moskau 1991, S. 94 f. Vgl. auch Sergei Mstislavskii: Five Days which Transformed Russia, London 1988, S. 147.



gegen die „konterrevolutionäre“ Haltung der Konstituante verließen zunächst die Bolschewiki und schließlich auch die Linken Sozialrevolutionäre die Versammlung. Dabei hatte sich insbesondere Steinberg mit seinen Redebeiträgen hervorgetan, die letztlich nur darauf abzielten, eine vermeintlich reaktionäre Gesinnung der Mehrheit zu entlarven und damit über einen Grund für die Auflösung des verfassungsgebenden Konvents zu verfügen.<sup>31</sup>

Bereits am folgenden Tag beschloss das VCIK die Auflösung der Konstituante, unter anderem mit dem Hinweis, dass die Kandidatenlisten für deren Wahl vor der Oktoberrevolution aufgestellt worden seien, so dass das

„Volk [...] damals, als es für die Kandidaten der Partei der Sozialrevolutionäre stimmte, nicht zwischen den Rechten Sozialrevolutionären, den Anhängern der Bourgeoisie, und den Linken Sozialrevolutionären, den Anhängern des Sozialismus, seine Wahl treffen [konnte]. So kam es, daß diese Konstituierende Versammlung, die die Krönung der bürgerlichen parlamentarischen Republik sein sollte, sich der Oktoberrevolution und der Sowjetmacht unvermeidlich in den Weg stellen mußte.“<sup>32</sup>

Steinberg spielte, wie bereits erwähnt, eine zentrale Rolle bei dem Vorgehen, die demokratisch gewählte Konstituierende Versammlung vor das Dilemma zu stellen, entweder den *fait accompli* des Oktoberumsturzes und damit ihre eigene politische Bedeutungslosigkeit anzuerkennen oder aber ihre formale Auflösung zu riskieren. Hatte Steinberg ursprünglich den Zusammentritt der Verfassungsgebenden Versammlung noch vehement verteidigt, so hatte er nun eine wesentliche Rolle bei der Konstruktion einer Legitimationsgrundlage für die Auflösung der Konstituante gespielt. Wie Steinberg in seiner zwischen November 1918 und Februar 1919 verfassten Schrift „Ot fevralja po oktjabr' 1917 g.“ (Von Februar bis Oktober 1917) erklärte, war die Konstituierende Versammlung, „das frühere Ideal und in der ersten Periode der Revolution leidenschaftlich erwartete Ziel“, zum Zeitpunkt ihres Zusammentretens nunmehr bereits „überflüssig“ geworden.<sup>33</sup> Was zunächst wie eine bloße Rechtfertigung des eigenen, alles andere als demokratischen Handelns klingt, ist allerdings keineswegs völlig von der Hand zu weisen. So folgerte auch der Historiker Dietrich Geyer aus dem mangelnden aktiven Protest gegen die Auflösung der Konstituante, dass „[o]ffensichtlich [...], als es zum Schwur kam, der Ruf nach der parlamentarischen Repräsentanz des Volkes für die große Mehrheit der Bevölkerung bereits zu einer Leerformel geworden“<sup>34</sup> war.

31 Vgl. Novickaja (Hrsg.), *Učreditel'noe Sobranie* (wie Anm. 30), S. 143 f., sowie Francis King (Hrsg.): *The Narodniks in the Russian Revolution. Russia's Socialist Revolutionaries in 1917*, London 2007, S. 93 f. Vgl. auch Steinbergs Erinnerungen: Steinberg, Volkskommissar (wie Anm. 8), S. 85.

32 Dekret über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung, 19.1.1918, in: Helmut Altrichter (Hrsg.): *Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod*, Bd. 1: Staat und Partei, München 1986, S. 30.

33 I. Štejnberg: *Ot fevralja po oktjabr' 1917 g.* [Von Februar bis Oktober 1917], Berlin u.a. 1919 oder 1920, S. 127. Auch in seinen späteren Erinnerungen blieb Steinberg bei dieser Einschätzung. Vgl. Steinberg, *Volkskommissar* (wie Anm. 8), S. 49.

34 Dietrich Geyer: *Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven*, Göttingen<sup>4</sup> 1985, S. 112. Ganz ähnlich argumentierte später Steinberg, vgl. Steinberg, *Workshop* (wie Anm. 6), S. 56.

### **Der Bruch der Koalition mit den Bolschewiki**

Dass Steinberg die Konstituante zum Zeitpunkt ihrer ersten Sitzung im Januar 1918 als „überflüssig“ erachtete und auch entsprechend handelte, macht deutlich, wie sehr er den seit den Tagen des Oktoberumsturzes eingeschlagenen Weg in eine Diktatur des Proletariats bzw. der Sowjets aktiv mittrug. Zweifellos hatte er von Beginn an die Neigungen führender Bolschewiki zum Terror bekämpft, aber dies hatte keineswegs die Koalition mit diesen in Frage gestellt. Zu sehr schien nach Meinung der Linken Sozialrevolutionäre und Steinbergs das grundsätzliche Ziel der Etablierung der Räteherrschaft mit dem der Bolschewiki übereinzustimmen. Insofern war es keineswegs verwunderlich, dass Mitte März 1918 nicht die Frage exzessiver Gewaltanwendung, sondern vielmehr ein politisch-ideologischer Grund unter Federführung Steinbergs zum Austritt der Linken Sozialrevolutionäre aus dem Rat der Volkskommissare führte.

Nachdem Steinberg in der ersten und einzigen Sitzung der Konstituante noch explizit von den Delegierten verlangt hatte, wenigstens über die „von der Sowjetregierung befolgte Politik [...] der Organisation der weitestgehenden Verbrüderung zwischen den Bauern und Arbeitern in den heute einander bekämpfenden Armeen und der Anwendung aller revolutionären Mittel zur Durchsetzung eines demokratischen Friedens ohne Annexion und Kontributionen auf der Grundlage eines freien Selbstbestimmungsrechtes der Nationen“ abzustimmen, musste er bald erkennen, dass die Mehrheit der Bolschewiki unter Lenins Führung keineswegs dieses Ziel verfolgte. Nachdem die deutsche Seite einer russischen Annahme der von ihr diktierten harschen Friedensbedingungen durch einen weiteren Vormarsch deutscher Truppen seit dem 19. Februar 1918 Nachdruck verliehen hatte, kamen vier Tage später Bolschewiki und PLSR zu einer gemeinsamen Sitzung der beiden Fraktionen im VCIK zusammen. Während Lenin und die Mehrheit der Bolschewiki aufgrund realpolitischer Erwägungen des Machterhalts dafür plädierten, diese Friedensbedingungen anzunehmen, sprach sich Steinberg dagegen aus und gab damit die Mehrheitsmeinung seiner Fraktion in dieser Frage wieder.<sup>35</sup> Er und seine Partei sahen dies als Verrat an den „werk-tätigen Massen“ im In- und Ausland an und stimmten in der entscheidenden Sitzung der VCIK gegen den Frieden von Brest-Litovsk. Darüber hinaus weigerten sich die linkssozial-revolutionären Volkskommissare, das Dekret zu unterschreiben, in dem die Annahme der deutschen Friedensbedingungen vorgegeben war. Bei der vierten außerordentlichen Sitzung der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosaken-Deputierten, die zwischen dem 12. und 16. März 1918 in Moskau stattfand, lehnte die PLSR im Gegensatz zur Mehrheit nicht nur erneut die Annahme des Friedensvertrags ab, sondern verkündete durch Steinberg auch ihren Austritt aus dem Rat der Volkskommissare.

### **Der „internationalistische Traum“ und die Zerschlagung der PLSR**

Zwar war damit der Bruch zwischen PLSR und Bolschewiki auf oberster Regierungsebene vollzogen, jedoch muss betont werden, dass es auf regionaler und lokaler Ebene auch

<sup>35</sup> Vgl. Häfner, Partei (wie Anm. 26), S. 361.

in der Folgezeit zu Kooperationen der beiden Links-Parteien kam.<sup>36</sup> Grundsätzlich war die Führung der PLSR keineswegs abgeneigt, die Koalition mit den Bolschewiki unter veränderten politischen Bedingungen zu erneuern. Dementsprechend dominierte auf dem 2. Parteitag der PLSR im April 1918 auch die Frage einer Kooperation mit den Bolschewiki die Debatten, was schließlich zu einer von Steinberg formulierten Resolution führte, dass der Rückzug aus dem Rat der Volkskommissare richtig gewesen sei, jedoch der Parteitag das ZK ermächtigte, „im Falle einer Änderung der politischen Konjunktur an der Zentralregierung teilzunehmen“.<sup>37</sup>

Trotz dieser Resolution wurden allerdings auch Stimmen laut, die vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen ein erneutes Zusammengehen mit den Bolschewiki skeptisch beurteilten. So avancierte Steinberg beim zweiten Parteitag der PLSR zu einem scharfen Kritiker der Koalition mit den Bolschewiki, indem er konstatierte, dass die Linken Sozialrevolutionäre im Rat der Volkskommissare, also auch er als Volkskommissar für Justiz, nie tatsächliche Macht besessen hätten und die Linken Sozialrevolutionäre zum Volk zurückkehren müssten, um die soziale Revolution zu verwirklichen.<sup>38</sup> Gleichzeitig erklärte er aber, dass man in Zukunft eine „ehrliche Koalition“ mit den gesunden Elementen der Bolschewiki bilden werde, wobei diese Koalition allerdings „eine neue ideelle Hegemonie“ besitzen müsse, was momentan nicht der Fall sei. „Diese Rolle der Geschichte“ sei, so Steinberg weiter, seiner Partei aufgebürdet.<sup>39</sup> Damit sprach er sich beim Parteitag trotz aller Kritik für die „schnelle Verwirklichung einer engen Kooperation mit den Bol’sheviki aus, wenn auch unter der Einschränkung, daß dadurch die bestehenden Differenzen nur zugunsten eines Kompromisses nicht verdeckt werden dürften“.<sup>40</sup> Dabei dürfte es jedoch ihm und den anderen Linken Sozialrevolutionären kaum entgangen sein, dass nur eine Woche nach dem Austritt der Linken Sozialrevolutionäre aus der Regierung die ČK sich einseitig das alleinige Recht angemahnt hatte, Verhaftungen, Durchsuchungen, Requirierungen und Konfiskationen in Bezug auf konterrevolutionäre Handlungen, Spekulation und Missbrauch von Amt und Presse durchzuführen.<sup>41</sup>

Zu diesem Zeitpunkt war allerdings für Steinberg wie auch für viele seiner Parteigenossen die Frage, wie sich die Revolution grundsätzlich entwickelte, weitaus entscheidender. Tatsächlich ging Steinberg im April 1918 davon aus, dass Russland am „Vorabend einer dritten Revolution“, nämlich einer bäuerlichen, stünde, die zur wahren ‚Volksherrschaft‘

36 Vgl. Cinnella, *Tragedy* (wie Anm. 9), S. 63. Beispielsweise war Aleksandr Šrejder, Steinbergs Stellvertreter während seiner Zeit als Volkskommissar für Justiz, zwischen dem 1.4.1918 und dem 20.6.1918 Volkskommissar für Justiz des Moskauer Gebietes (Die schweizerische Bundesanwaltschaft an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement am 23.9.1920, Steinberg, Isaac, Bundesarchiv Schweiz C.8.5516).

37 Zitiert nach Häfner, *Partei* (wie Anm. 26), S. 412. Vgl. auch Cinnella, *Tragedy* (wie Anm. 9), S. 62 f.

38 Rede Steinbergs am 19.4.1918 beim 2. Parteitag der Linken Sozialrevolutionäre (Internationalisten), in: *Partija* (wie Anm. 20), S. 346. Mit einigen deutlichen Abweichungen auch bei Cinnella, *Tragedy* (wie Anm. 9), S. 61.

39 Rede Steinbergs am 19.4.1918 beim 2. Parteitag der Linken Sozialrevolutionäre (Internationalisten), in: *Partija* (wie Anm. 20), S. 348.

40 Häfner, *Partei* (wie Anm. 26), S. 415.

41 Vgl. Leggett, *Cheka* (wie Anm. 11), S. 46.

und damit zur Verwirklichung der linkssozialrevolutionären Konzeption führen werde“.<sup>42</sup> Geleitet werden könne diese revolutionäre Bewegung nur von einer Partei, die sich bedingungslos für die Sozialisierung des Bodens einsetze und nicht wie die Bolschewiki vor der nationalen und internationalen Bourgeoisie kapitulieren wolle. Von zentraler Bedeutung war für Steinberg das internationalistische Element der Revolution, das er durch die Politik der Bolschewiki und insbesondere den Sonderfrieden von Brest-Litovsk massiv bedroht sah. Insofern warnte Steinberg nicht nur davor, dass Russland als Folge dieses Friedens in ein Werkzeug imperialistischer Mächte verwandelt werde, sondern auch vor einer Trennung der russischen von der internationalen Revolution.<sup>43</sup>

Vor diesem Hintergrund wurden Steinberg und sein ehemaliger Stellvertreter Šrejder vom ZK der PLSR in den Westen entsandt, um sich mit den dortigen sozialistischen Parteien in Verbindung zu setzen und die revolutionäre Stimmung, insbesondere in Deutschland, zu erkunden. Seit Juni bzw. Juli 1918 hielten sich beide in der Schweiz auf. Wie Šrejder in einem späteren Verhör bei der Berner Polizei erklärte, bestand ihre Aufgabe darin, „unseren Freunden und überhaupt der ganzen Bevölkerung die Verhältnisse in Russland“ zu schildern und „gegen den Frieden von Brest-Litovsk Stellung“ zu beziehen.<sup>44</sup> In diesem Zusammenhang hatte die Partei Steinberg und Šrejder etwa 400 000 Rubel anvertraut, die zur Finanzierung von Propagandamaterial (Broschüren, Wochenzeitung usw.) verwendet werden sollten.<sup>45</sup> Paradoxiertweise firmierte Steinberg, dessen Aufgabe es letztlich war, gegen die Friedenspolitik der Bolschewiki zu agitieren, offiziell als Rechtsberater der sowjetischen Mission in der Schweiz, auch wenn er mit dieser während seines Aufenthaltes tatsächlich nichts zu tun hatte. Dass die Bolschewiki im Mai/Juni 1918 gewillt waren, Steinberg diesen Status zuzugestehen, macht erneut deutlich, dass es zu diesem Zeitpunkt noch zu keinem definitiven Bruch zwischen den beiden Parteien gekommen war. Steinberg nutzte jedenfalls seinen Aufenthalt in der Schweiz, um dem Anliegen eines revolutionären Internationalismus Gehör zu verschaffen. So veröffentlichte er dort im Namen seiner Partei eine Broschüre gegen den „konterrevolutionären“ Frieden von Brest-Litovsk, die auf Deutsch,<sup>46</sup> Französisch<sup>47</sup> und Englisch<sup>48</sup> erschien.<sup>49</sup> Darin kritisierte er unter anderem, dass der Friedensvertrag „in starkem Masse *den internationalen Einfluss* unserer Revolution verringert“<sup>50</sup> und die Ausbreitung der Weltrevolution erschwert habe.<sup>51</sup> Allerdings vermied es Steinberg in seiner

42 Häfner, Partei (wie Anm. 26), S. 407; auf Russisch: Rede Steinbergs am 19.4.1918 beim 2. Parteitag der Linken Sozialrevolutionäre (Internationalisten), in: Partija (wie Anm. 20), S. 347.

43 Vgl. Häfner, Partei (wie Anm. 26), S. 407.

44 Die schweizerische Bundesanwaltschaft an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement am 23.9.1920, S. 9; Steinberg, Isaac, Bundesarchiv Schweiz C.8.5516.

45 Dieses Geld wurde von beiden teilweise auf verschiedenen Schweizer Banken deponiert.

46 I. Steinberg: Warum wir gegen den Brester Frieden sind. Partei der linken Sozialisten-Revolutionäre (Internationalisten), Genf 1918.

47 J. Steinberg: Pourquoi nous sommes contre la paix de Brest-Litovsk, Genf 1918.

48 I. Steinberg: Why We Are Against the Brest-Litovsk Peace, Genf 1918.

49 Diese Broschüre hatte Steinberg im selben Jahr auch auf Russisch in Moskau veröffentlicht, wobei davon auszugehen ist, dass die russischsprachige Version als Vorlage für die anderssprachigen Übersetzungen diente. Vgl. I. Steinberg: Počemu my protiv Brestskogo Mira [Warum wir gegen den Brester Frieden sind], Moskau 1918.

50 Steinberg, Brester Frieden (wie Anm. 46), S. 36.

51 Vgl. ebenda, S. 21.

Schrift, die Bolschewiki für diesen „räuberischen“<sup>52</sup> und „konterrevolutionären Frieden“<sup>53</sup> deutlich zu kritisieren. Lenin, den Steinberg zu den „der Sache der Revolution ergebensten Leute[n]“ zählte, sei es gelungen, „die Mehrheit seiner Partei zu überzeugen, dass es der Soviet-Republik unmöglich sei, unter den gegenwärtigen Zuständen den Kampf der Durchsetzung ihrer Bedingungen des internationalen Friedens auf sich zu nehmen und dass das Volk eine Ruhepause brauche, um seine Kräfte für die Zukunft allmählich ansammeln zu können“.<sup>54</sup>

Während Steinberg von der Schweiz aus publizistisch versuchte, international Stimmung gegen den Separatfrieden mit dem Deutschen Reich zu machen, beschloss das ZK der PLSR in Moskau, „der sogenannten ‚Atempause‘, geschaffen durch die Ratifikation des Brester Friedens durch die bolschewistische Regierung, im Interesse der russischen wie der internationalen Revolution in aller kürzester Frist“ ein gewaltsames Ende zu setzen. In diesem Sinne erachtete es das „ZK der Partei als möglich und notwendig, eine Reihe terroristischer Anschläge gegen führende Repräsentanten des deutschen Imperialismus zu organisieren und alle Mittel darauf zu verwenden“.<sup>55</sup> Dabei wurde jedoch in der Resolution ausdrücklich betont, dass diese Handlungsweise der PLSR „als Kampf gegen die augenblickliche Politik des Rates der Volkskommissare, aber in keinem Fall als Kampf gegen die Bol’sheviki“<sup>56</sup> zu betrachten sei. Im Falle aggressiver Handlungen der Bolschewiki werde man sich jedoch mit Waffen verteidigen.<sup>57</sup>

Nicht einmal zwei Wochen später ermordeten zwei Linke Sozialrevolutionäre gemäß der ZK-Resolution den Außerordentlichen Gesandten des Deutschen Reichs in Sowjetrußland, Wilhelm Graf von Mirbach-Harff (1871–1918). Damit begann der so genannte Juli-Aufstand der Linken Sozialrevolutionäre, der sich vor allem die Verteidigung der Revolution und der Sowjets sowie den Kampf gegen „Konterrevolution“ und „Imperialismus“ auf die Fahnen geschrieben hatte. Steinberg formulierte es später so: „The real meaning of those events lies in the dramatic attempt to force the Bolshevik government to change its international and internal policy – in the name and in the interests of the further undisturbed development of the October Revolution.“<sup>58</sup> „Das politische Ziel war“, so Steinberg bei anderer Gelegenheit, „die Erneuerung der Koalition mit den Bolschewiki, nachdem sich die unerträgliche Lage des Landes geändert haben wird.“<sup>59</sup>

Die Bolschewiki fassten das Vorgehen der Linken Sozialrevolutionäre, das sich nach der Ermordung von Mirbachs zu dem antizipierten „Akt der Selbstverteidigung“<sup>60</sup> entwickelte,

52 Ebenda, S. 29.

53 Ebenda, S. 39.

54 Ebenda, S. 18.

55 Protokoll der Sitzung des ZK der PLSR vom 24.6.1918, zitiert nach Häfner, Partei (wie Anm. 26), S. 542.

56 Ebenda.

57 Vgl. ebenda.

58 I. Steinberg: The Events of July 1918, Hoover Institution Archives, Collection Number: XX692, S. 1.

59 Brief Steinbergs an die Redaktion von „The Nation“ in New York vom 12.10.1928; Papers of Isaac Nachman Steinberg (1888–1957), YIVO Institute for Jewish Research New York, RG 366, Folder 23. Diese Sichtweise wird auch von dem Historiker Cinnella bestätigt. Vgl. Cinnella, Tragedy (wie Anm. 9), S. 66.

60 Häfner, Partei (wie Anm. 26), S. 556.

jedoch als Putschversuch gegen ihre Herrschaft auf, als Konterrevolution, mit der man gnadenlos abrechnen musste. In den folgenden Wochen und Monaten wurde die PLSR von den Bolschewiki zerschlagen, ihre Parteibüros geschlossen, ihre Presseorgane verboten, zahlreiche führende Linkssozialrevolutionäre verhaftet und der sowjetische Staatsapparat, also die Sowjets, die Volkskommissariate, die Rote Armee, die ČK und die Gewerkschaften durch Ausschluss Linker Sozialrevolutionäre „gesäubert“. Der „internationalistische Traum“ und die damit verbundene kompromisslose Haltung gegenüber dem Frieden von Brest-Litovsk hatten die Beziehungen der PLSR zu den Bolschewiki endgültig ruiniert.<sup>61</sup>

Nachdem Steinberg Mitte November 1918 zusammen mit der sowjetischen Mission wegen revolutionärer Agitation aus der Schweiz ausgewiesen worden war,<sup>62</sup> kehrte er Mitte Dezember nach Moskau zurück. Noch am Bahnhof wurde er wegen seiner angeblichen Beteiligung am „Juli-Aufstand“ der PLSR von Dzierżyński verhaftet, jedoch wenige Tage später wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Zerschlagung der PLSR, die Verfolgung loyaler Linker Sozialrevolutionäre sowie auch seine eigene kurzzeitige Verhaftung veranlassten Steinberg keineswegs dazu, auf ein Engagement für eine linkssozialrevolutionäre Politik in der Öffentlichkeit zu verzichten. Im Archiv des russischen Inlandsgeheimdienstes (FSB) lassen sich mehrere Augenzeugenberichte über Auftritte von Steinberg und Maria Spiridonova (1884–1941) bei Arbeitermeetings in Moskau im Februar 1919 finden, die laut Pavlov „klare Beweise ihrer Popularität in Arbeiterkreisen“ seien. Nicht zuletzt dieser Umstand dürfte die ČK dazu bewogen haben, im Februar und März 1919 unter dem Vorwurf der Verschwörung gegen die Regierung nahezu die gesamte Führungsriege der PLSR, darunter auch Steinberg, sowie rund 200 Parteiaktivisten zu verhaften.<sup>63</sup> Seit Mitte Februar 1919 befand sich Steinberg im berühmten Butyrki-Gefängnis und musste den immer mehr um sich greifenden Terror der Bolschewiki am eigenen Leib erfahren. Dabei war, so Steinberg, nicht so sehr der Freiheitsentzug an sich das Hauptproblem, sondern vielmehr dessen politische und moralische Implikationen, betrachteten sich doch alle Inhaftierten als organischen Teil der befreienden Russischen Revolution.<sup>64</sup>

Insbesondere aber sahen sich Steinberg und seine inhaftierten Parteigenossen in einem Dilemma gefangen: Draußen tobte der Bürgerkrieg und die Linken Sozialrevolutionäre brannten darauf, ihre Revolution, die Oktoberrevolution, gegen die Weißen zu verteidigen. Gleichzeitig stellten sich aber auch viele die Frage, ob sie damit nicht auch das Regime der Bolschewiki verteidigen würden.

61 Vgl. Cinnella, *Tragedy* (wie Anm. 9), S. 61 f.

62 Vgl. hierzu Alfred Erich Senn: *Diplomacy and Revolution. The Soviet Mission to Switzerland, 1918*, London 1974, S. 169-171; vgl. auch Die schweizerische Bundesanwaltschaft an das schweizerische Justiz- und Polizeidepartement, 11.1.1919, S. 1; Steinberg, Isaac, Bundesarchiv Schweiz C.8.5516.

63 D.B. Pavlov: *Bol'shevistskaja diktatura protiv socialistov i anarhistov 1917–seredina 1950-x godov* [Die bolschewistische Diktatur gegen Sozialisten und Anarchisten, 1917–Mitte der 1950er Jahre], Moskau 1999, S. 44.

64 Vgl. Steinberg, *Workshop* (wie Anm. 6), S. 180.

### „General ohne Armee“

Während ihrer Zeit im Butyrki-Gefängnis (etwa Februar bis Juli 1919) beschloss der Teil der PLSR, an dessen Spitze Steinberg und Šrejder standen, auf den aktiven Kampf gegen die regierenden Bolschewiki zu verzichten. Steinberg und Šrejder hatten die Mehrheit des ZK zu einer Überprüfung der Taktik bewogen und mithilfe der Stimmen von ZK-Mitgliedern, die sich im Butyrki-Gefängnis befanden, eine Resolution verabschiedet. Diese Resolution sah den Beginn von Gesprächen mit dem ZK der KPR vor. Gleichzeitig wollte man auf den aktiven Kampf gegen die „gegenwärtige Sowjetmacht“ und gegen die KPR, auf Agitation in der Roten Armee mit dem Ziel, dort Zerrüttung hineinzutragen sowie auf die Unterstützung der Desertion und irgendwelcher terroristischer Akte auf sowjetischem Gebiet verzichten.<sup>65</sup>

Daraufhin fanden im August/September 1919 Gespräche zwischen Mitgliedern des ZK der Bolschewiki und des ZK der PLSR (Steinberg, Šrejder und Bakkal) statt, um die Möglichkeiten einer Kooperation auszuloten. Allerdings konnte keinerlei Einigung erzielt werden, da sich die Verhandlungsführer der PLSR zu eindeutigen Zusagen nicht durchringen wollten. In den Augen der ČK deuteten die Aussagen einer Reihe abgefangener Briefe darauf hin, dass die PLSR die Verhandlungen mit den Bolschewiki nur zum Schein aufgenommen habe, um die Freilassung von PLSR-Mitgliedern aus dem Gefängnis zu erreichen. Tatsächlich habe Steinberg laut eines Zirkulars der ČK bei einer für Ende September 1919 einberufenen ZK-Sitzung fast offen zugegeben, dass die Verhandlungen mit dem ZK der KPR eine taktische Maßnahme gewesen seien.<sup>66</sup> Diese Vermutung der ČK deckt sich auch mit Aussagen Steinbergs in seinem Werk „In the Workshop of the Revolution“, wonach die Verhandlungen mit den Bolschewiki vor allem die Freilassung inhaftierter Parteigenossen sowie die erneute Legalisierung der Partei zum Ziel hatten.<sup>67</sup>

Selbst nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Bolschewiki setzte Steinberg seine legalistische Politik fort. Allerdings hatten nach Erkenntnissen der ČK Steinberg und seine Gefolgsleute innerhalb der PLSR, die „Štejnbergovcy“, nichts weniger im Sinn, als eine legale Existenz der Partei dazu zu nutzen, die Bolschewiki zu stürzen, indem man in die sowjetischen Institutionen eindringe und diese von innen unterwandere. Dem Brief eines innerparteilichen Gegners zufolge hätten Steinberg und seine Fraktion nur eine temporäre Änderung der aktivistischen Parteitaktik aus objektiven und subjektiven Gründen vorgenommen. Dabei seien sie der Ansicht gefolgt, dass der Bolschewismus nicht als Konterrevolution zu bewerten sei. Da die *Denikinščina*, die Herrschaft Denikins, schlimmer sei, müsse man nun alle Kräfte bündeln, um den Angriff der zaristischen Konterrevolution abzuwehren. Folglich komme es momentan auf keinen Fall in Frage, die Massen zum Sturz der Bolschewiki aufzuwiegen und die Rote Armee zu zersetzen; vielmehr müsse man sich von Aufständen der Arbeiter gegen die bolschewistische Macht abgrenzen, um nicht den Kampf mit der zaristisch-weißen Konterrevolution an der Front zu behindern.<sup>68</sup>

65 Vgl. Zirkular der VČK, Nr. 3 vom 1.1.1920, Pavlov, Bol'shevistskaja diktatura (wie Anm. 63), S. 140.

66 Ebenda, S. 141.

67 Steinberg, Workshop (wie Anm. 6), S. 186. Zu den Verhandlungen selbst vgl. ebenda, S. 186-193.

68 Vgl. Pavlov, Bol'shevistskaja diktatura (wie Anm. 63), S. 142.

Steinberg und seinen Anhängern innerhalb der PLSR ging es also zunächst darum, die Oktoberrevolution gegen die Weißen zu verteidigen und vor allem die eigene Partei wieder organisatorisch zu stärken, was als Vorbedingung für eine künftige Machtübernahme angesehen wurde. Für die ČK stellten diese „Steinberg’schen Träumereien“ nach eigenem Bekunden allerdings keine Gefahr dar, zu sehr war sie vom Sieg der Bolschewiki überzeugt.<sup>69</sup>

Ende April 1920 veröffentlichten Steinberg und seine Anhänger („Mehrheit des ZK der PLSR“) eine Erklärung, in der sie den im Oktober 1919 verabschiedeten Beschluss, den bewaffneten Kampf gegen die Bolschewiki aufzugeben, bekräftigten.<sup>70</sup> Zwar war diese Erklärung nach Meinung der ČK geprägt von „Aber“- und „Andererseits“-Formulierungen, aber sie war von der Mehrheit des ZK der PLSR unterzeichnet worden, womit eine Spaltung des ZK der Partei in eine von Steinberg angeführte Mehrheit und eine von Spiridonova angeführte Minderheit offiziell vollzogen worden sei. In den Augen der ČK hatten die „Štejnbergovcy“ inzwischen die Position „guter Nachbarn“ der Kommunistischen Partei eingenommen, die nur kritisch über die „Fehler“ der KP „murrten“. Im Wesentlichen seien sie aber „Generäle ohne Armee“ bzw. ZK-Mitglieder ohne Partei und Organisation, die momentan die Macht der Bolschewiki nicht gefährden könnten. Dennoch müsse man, wie im Zirkular der ČK vom 1. Mai 1920 betont wurde, alle aus der Haft entlassenen Linken Sozialrevolutionäre unbedingt im Auge behalten, um die Möglichkeit ihres erneuten massiven Parteiengagements (gegen die Bolschewiki) zu verhindern.<sup>71</sup>

Etwas mehr als ein halbes Jahr später, Ende 1920, konnte die ČK konstatieren, dass das Verhältnis der PLSR-„Mehrheit“ unter Führung Steinbergs zu den Bolschewiki – gemeint war der offizielle Verzicht auf den bewaffneten Kampf gegen die Kommunistische Partei – Zersplitterung und Desorganisation in die Reihen der aktiven Mitglieder, die weiterhin die Sowjetmacht bekämpften, getragen habe.<sup>72</sup> Damit wurde letztlich Steinberg für die Spaltung und Schwächung der Partei verantwortlich gemacht.

Es lässt sich nicht abschließend beurteilen, ob der von Steinberg eingeschlagene „legalistische“ Weg nur eine Maßnahme war, um die Partei auf eine künftige Machtübernahme besser vorzubereiten oder ob sich Steinberg (und seine Gefolgsleute) nicht doch mit der Herrschaft der Bolschewiki in gewisser Weise arrangiert hatten. Unrichtig ist jedenfalls die Behauptung des Übersetzers im Vorwort von Steinbergs Werk „Spiridonova. Revolutionary Terrorist“, wonach Steinberg von seiner Verhaftung Anfang 1919 bis April 1923, als er nach Deutschland emigrierte, einen „Untergrundkrieg“ gegen die Bolschewiki geführt habe.<sup>73</sup> Davon kann keine Rede sein. Vielmehr galt Steinberg im September 1921 in den

69 Zirkular der VČK, Nr. 3 vom 1.1.1920, ebenda, S. 144.

70 Vgl. den Wortlaut der Erklärung der Mehrheit des ZK der PLSR vom 29.4.1920, in: Ju.G. Fel’stinskij (Hrsg.): VČK–GPU. Dokumenty i Materialy [VČK–GPU. Dokumente und Materialien], Moskau 1995, S. 102 f. GPU war die Nachfolgerin der ČK und Vorläuferin des NKWD und KGB. Vgl. auch An alle Organisationen und Mitglieder der Partei der linken Sozialrevolutionäre (Internationalisten) vom November 1920, in: Willy Birkenmaier (Hrsg.): Isaak Steinberg: Publizistik aus den Jahren 1916–1923, Heidelberg 2003, S. 59–62.

71 Vgl. Zirkular Nr. 4 der VČK vom 1.5.1920, Pavlov, Bol’shevistskaja diktatura (wie Anm. 63), S. 155.

72 Zirkular der VČK Nr. 8 vom 18.12.1920, ebenda, S. 165.

73 Translator’s Note, in: Steinberg, Spiridonova (wie Anm. 21), S. V f.



Augen der ČK immerhin als „gesellschaftlicher Repräsentant“, der für die Freilassung der inhaftierten Maria Spiridonova bei der ČK eine „Bürgerschaft“ leisten konnte.<sup>74</sup>

Aber selbst wenn sich Steinberg zumindest partiell mit den Bolschewiki arrangiert hatte, um sich und seiner Partei eine legale Existenz zu ermöglichen, so bedeutet dies keineswegs, dass er der Politik der Bolschewiki kritiklos gegenübergestanden hätte. Als der bekannte deutsche Anarchosyndikalist Augustin Souchy (1892–1984) zwischen April und Oktober 1920 Russland und die Ukraine zu Studienzwecken bereiste, erhielt er von Steinberg „Informationen aus erster Hand“ über den „Machtmißbrauch der Tscheka“ und den „organisierten Massenterror“.<sup>75</sup> Darüber hinaus sagte Steinberg gegenüber Souchy: „Wenn es Lenin mit der These, daß der Staat verschwinden soll, ernst meint, dann ist es unlogisch, einen diktatorischen Staat aufzubauen, in dem alle Freiheiten unterdrückt sind.“<sup>76</sup>

Trotz seiner Ansicht, dass die Bolschewiki eine Diktatur errichteten oder bereits errichtet hätten, die zweifellos auch seine eigene Freiheit und Existenz gefährden konnte, scheint Steinberg nicht ernsthaft den Schritt in die Emigration erwogen zu haben. Vielmehr bemühten sich die Bolschewiki darum, ihn indirekt des Landes zu verweisen. Bereits im Frühjahr 1921 beschied das ZK der KPR (b) den Antrag Linker Sozialrevolutionäre, eine Auslandsreise Steinbergs zu genehmigen, folgendermaßen: „Erlaubt, Rückkehr nicht zugelassen.“<sup>77</sup> Tatsächlich sollte Steinberg aber erst 1923 Russland verlassen, um im Mai an einer Konferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien in Hamburg teilzunehmen.

### Steinbergs publizistische und literarische Reflexionen über die Oktoberrevolution

Im folgenden Abschnitt wird nun analysiert, wie Steinberg vor dem Hintergrund jener eigenen Erfahrungen die Russische Revolution, vor allem die Oktoberrevolution und den beginnenden Terror der Bolschewiki, in seinen zahlreichen Schriften reflektierte, welche Schlussfolgerungen er aus diesen zog und wie sie sein weiteres politisches und gesellschaftliches Engagement beeinflussten. Schließlich wird sich auch die Frage nach Kontinuität und Zäsur stellen.

Ein zentrales Motiv Steinbergs, sich publizistisch immer wieder mit der Oktoberrevolution auseinanderzusetzen, war sein Bedürfnis, vor der Welt ein positives Bild des „Roten Oktobers“ zu zeichnen. Er wollte die Bedeutung der Partei der Linken Sozialrevolutionäre sowie auch seine eigene Rolle in der Oktoberrevolution wieder in die Geschichte und in die Erinnerung einschreiben. Denn gerade im Ausland bestand nach Steinbergs Meinung die Gefahr, dass die Oktoberrevolution im kollektiven Gedächtnis allein mit den Bolschewiki und

74 Vgl. Auskunftsbericht der Verschlussabteilung der Gesamtrussischen Tscheka vom 17.10.1921, in: Lenin (wie Anm. 13), S. 578.

75 Augustin Souchy: „Vorsicht Anarchist!“. Ein Leben für die Freiheit. Politische Erinnerungen, Darmstadt u.a. 1977, S. 44.

76 Zitiert nach Augustin Souchy: Wie lebt der Arbeiter und Bauer in Rußland, in: Johannes Ch. Traut (Hrsg.): Russland zwischen Revolution und Konterrevolution. Bd. II: Berichte (1917–1921), München 1975, S. 181–225, hier S. 189.

77 Pavlov, Bol'shevistskaja diktatura (wie Anm. 63), S. 71 f.

ihrem Terror assoziiert werden würde. In letzter Konsequenz würde dies aber bedeuten, dass der „Rote Oktober“ nicht nur diskreditiert wäre, sondern auch seine positiven Alternativen in Vergessenheit geraten würden, für die nicht zuletzt Steinberg und seine Partei gestanden hätten. So äußerte Steinberg in seiner Schrift „Zehn Jahre Oktober-Revolution“, die er gleichsam als publizistisches Denkmal für die PLSR 1928 im Berliner Exil veröffentlichte: „Der Oktober war keineswegs ein bolschewistischer [sic!] Aufstand [...]. Die bolschewistischen Geschichtsschreiber ebenso wie die verschiedenen Arten der Oktober-Gegner unterstützen die Legende von dem bolschewistischen Charakter jener großen Umwälzung.“<sup>78</sup> Wie Steinberg weiter betont, waren die Bolschewiki nicht die einzige „bewegende Kraft der Umwälzung“, vielmehr waren an dieser auch Linke Sozialrevolutionäre, Anarchisten und Maximalisten in entscheidender Weise beteiligt.<sup>79</sup>

Nur ein Jahr später veröffentlichte Steinberg in München unter dem Titel „Als ich Volkskommissar war. Episoden aus der russischen Oktoberrevolution“ seine Erinnerungen an die Revolutionszeit. Hier machte er nochmals deutlich, wogegen er anscrieb:

„In den Jahren des Bestehens der bolschewistischen Ordnung in Rußland hat sich allgemein eine sehr primitive Vorstellung über die Oktoberrevolution des Jahres 1917 herausgebildet. Man hat erstens den welthistorischen Sturm jenes Oktobermonats mit der bolschewistischen Partei zusammengeworfen. Man hat zweitens alle anderen revolutionären Kräfte (z.B. die Partei der Linken Sozialrevolutionäre), die an den Oktoberkämpfen teilgenommen haben, mit der bolschewistischen Partei zusammengeworfen. Man hat drittens die bolschewistische Partei selbst sich vorgestellt wie aus einem Stück Eisen und Feuer geschmiedet. Ein solches Vermischen der Karten ist nicht nur aus rein historischen und wissenschaftlichen Gründen schädlich, die von uns ein wahrheitsgetreues Bild jener Zeit verlangen, sondern ist auch schädlich für jene Menschengenerationen, die in Zukunft von ihr lernen wollen. [...] Und es blieb nur eine primitive Vorstellung: die Bolschewiki – das ist das grausame und gereizte Tier der Tscheka; also ist die Tscheka das Antlitz und der Hauptzug der Oktoberrevolution. Mit dem Blut der Tscheka ist sie geboren, und nur durch sie kann sie weiter existieren und durchhalten! Das ist eine von Grund aus falsche Vorstellung, eine falsche und ungerechte Vorstellung.“<sup>80</sup>

In dem hier zitierten Ausschnitt sind letztlich schon alle zentralen Motive Steinbergs enthalten, sich immer wieder mit der Oktoberrevolution, diesem „welthistorischen Sturm“, und ihrer richtigen Interpretation publizistisch und literarisch auseinanderzusetzen: Er wendet sich gegen eine Gleichsetzung von Oktoberrevolution und Bolschewiki, da auch andere Parteien, insbesondere seine Partei der Linken Sozialrevolutionäre, an der Oktoberrevolution beteiligt waren, die keineswegs mit den Bolschewiki identisch waren. Darüber hinaus sei der „Rote Oktober“ keineswegs von Anfang an von Diktatur und Terror geprägt gewesen, eine Entwicklung in diese Richtung habe sich erst allmählich vollzogen. Für Steinberg ging

78 J. Steinberg: Zehn Jahre Oktober-Revolution, Berlin 1928, S. 13.

79 Vgl. ebenda.

80 Steinberg, Volkskommissar (wie Anm. 8), S. 88 f.

es dabei nicht nur um eine wahrheitsgetreue und gerechte Erinnerung an die Oktoberrevolution, an der er selbst mit großem Enthusiasmus mitgewirkt hatte, sondern auch darum, dass künftige Generationen nicht falsche Schlüsse zögen, nur weil sie die Fakten nicht kennen.

### Das Problem von Gewalt und Terror in der Revolution

Das Problem der Gewalt und des Terrors, das Steinberg hier anspricht, ist von zentraler Bedeutung für seinen Blick auf die Oktoberrevolution und er in seinen zahlreichen Schriften zum Ausdruck kommt.<sup>81</sup> Steinberg befürchtete, dass der Terror der Bolschewiki die gesamte Oktoberrevolution und auch den Sozialismus diskreditieren könnte. In Steinbergs Theaterstück „Dornenweg. Dramatische Szenen aus der Russischen Revolution“, das er 1927 unter einem Pseudonym in Berlin veröffentlichte und das beachtenswerte Bühnenerfolge feierte,<sup>82</sup> schleudert eine Protagonistin ihrem Schwager, einem Volkskommissar, entgegen: „Ihr habt gut angefangen. Du weißt ja selbst – ich habe euch recht gegeben – aber wohin seid ihr gekommen? ... Morde ohne Ende ... Eure Gefängnisse sind Menschenfallen ... Alle in den Bürgerkrieg hineingezogen“.<sup>83</sup>

Wie hier deutlich wird, ging es Steinberg im Wesentlichen um die klare Unterscheidung zwischen der als gut wahrgenommenen Anfangsphase der Oktoberrevolution, an der er und seine Partei der Linken Sozialrevolutionäre noch aktiv beteiligt waren, und ihrer Radikalisierung und Pervertierung, spätestens seit Juli 1918. Dies geschah vor dem Hintergrund seiner persönlichen Erfahrungen, die seinen Ausführungen Legitimation und Glaubwürdigkeit verleihen sollten. Wer konnte besser darüber schreiben als Steinberg, ehemaliger Volkskommissar für Justiz und glühender Anhänger der Oktoberrevolution, der schließlich von den Bolschewiki ins Gefängnis geworfen wurde? So machte er in seinen englischsprachigen Erinnerungen mit dem Titel „In the Workshop of the Revolution“, die 1953 in New York und London veröffentlicht wurden, deutlich: „Only those who have felt its heavy hand, can know the true meaning of the Bolshevik terror.“<sup>84</sup>

Steinberg leitete von seinen persönlichen Erfahrungen aber nicht nur das Recht ab, über den Terror der Bolschewiki zu schreiben, er fasste dies vielmehr als eine moralische Verpflichtung auf, um systematischen Terror in der Zukunft zu verhindern. Dabei spielte

81 Insofern ist an dieser Stelle ausdrücklich der Behauptung von Elfriede Müller aus dem Jahre 1998 zu widersprechen, wonach keine Untersuchung existiere, „die das Verhältnis der Revolutionspartei von 1917 – der Bolschewiki – zur Gewalt beleuchtet“. „Fast jede Darstellung der Ereignisse des ‚Oktober‘ 1917 und danach streift diese Frage, ohne auf ihre zentrale Stellung einzugehen. Auch für die Revolutionäre und ihre Historiker schien die Gewalt mindestens selbstverständlich und daher eine sekundäre Frage zu sein.“ Elfriede Müller: Die Bolschewiki und die Gewalt, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit 15 (1998), S. 155-204, hier S. 155. Für Steinberg waren Gewalt und Terror keineswegs selbstverständlich. Tatsächlich widmete er diesem Umstand bereits 1923 eine umfangreiche und weitgreifende Darstellung: Štejnberg, Nravstvennyj lik (wie Anm. 1).

82 Vgl. Steinberg's Drama Records Success on German Stage, Jewish Telegraphic Agency vom 27.11.1927.

83 M. Lewadin [Isaac Steinberg]: Dornenweg. Dramatische Szenen aus der Russischen Revolution, Berlin 1927, S. 81.

84 Steinberg, Workshop (wie Anm. 6), S. 134.

zweifellos auch der Umstand eine zentrale Rolle, dass nach Steinbergs Meinung er und seine Partei während ihrer Beteiligung an der Koalitionsregierung mit den Bolschewiki nicht entschieden und konsequent genug gegen den beginnenden Terror aufgebeht hätten. In seinem zwischen 1920 und 1923 in Moskau entstandenen Werk „Das sittliche Antlitz der Revolution“, das 1923 zunächst auf Russisch in Berlin und schließlich 1931 in einer deutschen Übersetzung erschien, bekannte sich Steinberg selbstkritisch zur eigenen Schuld in dieser Frage:

„Es muß unumwunden gesagt werden: Wir haben nicht alles getan, was in unserer Kraft stand. Wir begnügten uns oft mit offizieller Kritik, ohne unsere Ideen über Gewaltanwendung und Terror den Massen einzuprägen. [...] Die uns schmerzlich berührenden Fragen der revolutionären Ethik und ihrer höchsten Zweckmäßigkeit bedeckten wir mit der Sophisterei der ‚Revolutionsinteressen‘ wie mit einem taktischen Mäntelchen. [...] Wohl haben wir innerhalb der Regierung für die Kürzung und Regulierung der Rechte der im Chaos der ersten heißen Tage der Oktoberrevolution entstandenen Außerordentlichen Kommission (Tscheka), für ihre Unterstellung unter die Organe des Volkskommissariats der Justiz, d.h. unter das Gericht, hartnäckig gekämpft. Damit haben wir uns aber im großen und ganzen begnügt. [...] Auf jene Fälle aber, in denen der Terrorismus noch keine vollzogene Tatsache war, in denen man ihn erst geistig vorbereitete und seinen giftigen Samen ausstreute – auf diese Fälle reagierten wir nicht. Wir reagierten nicht auf die wahnsinnige Zeitungshetze gegen die Kadetten, gegen alle Andersdenkenden, gegen beliebige ‚Gegenrevolutionäre‘, eine Hetze, die sich wie eine Schaumwelle über die andächtig horchenden Massen ergoß.“<sup>85</sup>

Mit Blick auf die in seine Amtszeit fallende Ermordung der beiden ehemaligen Kadetten-Minister Andrej Šingarev (1869–1918) und Fedor Kokoškin (1871–1918) durch Rotgardisten gestand Steinberg unumwunden ein:

„Und hier offenbart sich unsere zweite Schuld, da auch wir, die dieser Mord mit tiefem Schmerz erfüllte, nicht bereit waren, uns wegen dieser ‚Frage‘ mit den Bolschewiki zu entzweien. Das komplizierte System der sich entfaltenden sozialistischen Revolution schien uns wichtiger zu sein als dieser traurige Revolutionszufall. Wir haben damals nicht verstanden, daß es sich um das Prinzip selbst der Revolution handelte. [...] Der Wille der revolutionären Macht schuf eine Schicht revolutionärer Mörder, denen es bald beschieden war, die *Mörder der Revolution* zu werden.“<sup>86</sup>

Für Steinberg waren der Terror und die schrankenlose, willkürliche Gewalt das Signum der Epoche nach der Oktoberrevolution, mit dem er sich ständig auseinandersetzte, ja auseinanderzusetzen musste. In seinen Theaterstücken ließ er die Protagonisten die Frage stellen,

85 Steinberg, Gewalt (wie Anm. 1), S. 36 f.; auf Russisch: Štejnberg, Nравstvennyj lik (wie Anm. 1), S. 31.

86 Steinberg, Gewalt (wie Anm. 1), S. 40; auf Russisch: Štejnberg, Nравstvennyj lik (wie Anm. 1), S. 34.

ob es einen qualitativen Unterschied gibt: Ist die Gewalt, die von Revolutionären gegen revolutionäre Mitstreiter verübt wird, schlimmer als die, die sich gegen Vertreter des Ancien Régime richtet? Steinbergs Antwort war klar: Grundsätzlich besitze jeder Menschenrechte, die nicht durch systematisch angewandte Gewalt eingeschränkt werden dürften. So erklärte er bereits 1923 in seinem Werk „Das sittliche Antlitz der Revolution“ kategorisch: „Eine soziale Revolution, die die Rechte ihrer Klassengegner verteidigt – das wäre eine große moralische Lehre der Menschlichkeit gewesen!“<sup>87</sup> Diese Haltung betonte Steinberg auch in seinem Drama „Dornenweg“, in dem eine Revolutionärin sagt: „Und Sie glauben, Andrej, daß es denjenigen, auf die wir uns alle damals im März gestürzt haben, nicht schmerzlich war? Und wir gingen damals darüber hinweg, fast ohne es zu beachten: auch dort sind Kinder und Frauen – und Unschuldige! [...] Wir alle waren Gewalttäter, und auch sie sind so.“<sup>88</sup>

Für Steinberg zeigte sich gerade in der Behandlung des politischen Gegners, sei er nun aus dem monarchistischen, bürgerlichen oder sozialistischen Lager, ob Revolution und Sozialismus einen moralischen Wert haben und damit von Bestand sein konnten. In „Das sittliche Antlitz der Revolution“ äußerte er am Ende programmatisch: „Der Sozialismus ist sittlicher Aktivismus. Nur als eine moralische Bewegung wird der Sozialismus den Menschen befreien oder gar nicht.“<sup>89</sup>

In den Augen Steinbergs führte der von den Bolschewiki entfesselte Terror nicht in das sozialistische Paradies, sondern geradewegs in die Hölle. Dabei machte Steinberg deutlich, dass auch das Ziel, ein Paradies auf Erden in der Zukunft aufzubauen, keineswegs schrankenlose Gewalt in der Gegenwart legitimierte. In seinem 1929 erschienenen Theaterstück „Du hast gesiegt, Mochnatschow!“ ruft der Kommissar des Inneren, offensichtlich ein fanatischer Bolschewik, aus: „Mitleid! Gerade aus Mitleid muss man die ganze Konterrevolution mit Stumpf und Stiel ausrotten ... Unschuldige! Sollen zehn Tausend Unschuldige untergehen, damit zehn Millionen von ihren Leiden erlöst werden!“<sup>90</sup> Hierauf entgegnet ein anderer Protagonist in Steinbergs Stück: „Sie behaupten, daß die Gewalt, die die Menschlichkeit unterdrückt, heilig sei. Daß sie durch das zukünftige Glück der Menschen erkaufte wird. Nun sagen Sie, ist Ihnen nicht der Gedanke gekommen, daß man das Glück nicht durch Gewalt erringen kann?“<sup>91</sup> Derselbe Protagonist wird an anderer Stelle des Stücks noch deutlicher, wobei aus seiner Äußerung eine gewisse Form der Resignation spricht, die durchaus auch auf die Haltung Steinbergs, des Anhängers der Oktoberrevolution, verweist: „es ist die Tragödie der gesamten Revolution – es ist sicherlich die Tragödie einer jeden großen Idee! Wie schön ist die Idee selbst, und wie unerträglich sind doch die Mittel ihrer Verwirklichung!“<sup>92</sup>

Tatsächlich war für Steinberg die systematische Anwendung von Terror zur Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft unerträglich. Dagegen schrieb er jahrelang an,

87 Steinberg, Gewalt (wie Anm. 1), S. 39; auf Russisch: Štejnberg, Nravstvennyj lik (wie Anm. 1), S. 33.

88 Lewadin, Dornenweg (wie Anm. 83), S. 63.

89 Hier zitiert nach der deutschsprachigen Ausgabe: Steinberg, Gewalt (wie Anm. 1), S. 326; auf Russisch ist das Zitat zu finden in: Štejnberg, Nravstvennyj lik (wie Anm. 1), S. 308.

90 J. Steinberg: Du hast gesiegt, Mochnatschow! Drama in drei Akten, Berlin 1929, S. 70.

91 Lewadin, Dornenweg (wie Anm. 83), S. 56.

92 Ebenda, S. 90.

insbesondere um zu verhindern, dass die Idee des Sozialismus durch den Terror diskreditiert werde. Zwar war Steinberg keineswegs ein Revolutionär, der jegliche Anwendung von Gewalt ablehnte oder *per se* ausschloss. Steinberg stand in der Tradition der Sozialrevolutionäre, die bekanntlich für zahlreiche Attentate auf Repräsentanten des Zarismus verantwortlich waren. Für ihn waren jedoch beide Arten des Terrors nicht vergleichbar, jeder Vergleich eine „Lästerung“, denn die sozialrevolutionären Terroristen, so Steinberg, „bedienten sich des Terrors, nicht um Menschen auszurotten (wie es im heutigen Terror der Fall ist), sondern um in einzelnen Personen die böse Idee, die Symbole der Gewalt zu treffen. Daher legte sich jener Terror stets die größten Beschränkungen auf.“<sup>93</sup> Weiter hieß es:

„Im heutigen Terror liegt Ruhe und System, kalte Berechnung und die Sicherheit des Scharfrichters. Hier rechnet das sich auf das Schwert des ‚Gesetzes‘ stützende Kollektiv mit einem schutzlosen Menschen ab, hier wird eine ‚Staatsmaßnahme‘ ergriffen. Dort – beim früheren Terror – war alles ganz anders. Gegen das bis an die Zähne bewaffnete despotische Regime, gegen die feste und gesetzlich-stabile Ordnung trat der schutzlose Terrorist auf, der nur den Glauben an die Unterstützung des Volkes hinter sich hatte. [...] Die berufsmäßige Gewohnheit, Blut zu vergießen und fremdes Leben zu mißachten, lag ihnen [den sozialrevolutionären Terroristen] ferner als irgend jemand.“<sup>94</sup>

In der Frage der eigenen, persönlichen Verantwortung erkannte Steinberg den grundsätzlichen Unterschied zwischen dem Terror der Sozialrevolutionäre gegen Einzelne und dem Terror der Bolschewiki gegen das Volk. Es ist offensichtlich, dass Steinberg die Zeit der Revolution, insbesondere nachdem die Bolschewiki ihre Alleinherrschaft durchgesetzt hatten, als eine Zeit der Entindividualisierung wahrnahm, in der nur noch ein Kollektiv, die Menschheit existierte. Für diese wollte man im Namen einer großen Idee ein besseres Leben in der Zukunft erringen, wohingegen die einzelne Person in der Gegenwart nicht mehr zählte. Reusch, ein aufrichtiger und zutiefst humaner Intellektueller in Steinbergs Drama „Dornenweg“, bezeichnet diese Haltung als einen Fehler und beschreibt fast prophetisch, was Jahrzehnte später im real existierenden Sozialismus Ost- und Ostmitteleuropas das Grundproblem sein sollte: „Hier liegt eben euer Widerspruch. Ohne den Menschen werdet ihr nie eine siegende Menschheit haben, es wird immer eine rebellierende bleiben.“<sup>95</sup>

Aus seinen Erfahrungen mit der Herrschaft und dem Terror der Bolschewiki leitete Steinberg die grundsätzliche Forderung ab, dass die Revolution für den Menschen da sein

93 Steinberg, Gewalt (wie Anm. 1), S. 182; auf Russisch ist das Zitat zu finden in: Štejnberg, *Navstvennyj lik* (wie Anm. 1), S. 172. Bereits im Februar 1921 hatte Steinberg in einer Rede vor dem Parteiklub der Linken Sozialrevolutionäre anlässlich des Gedenkens an den sozialrevolutionären Attentäter Ivan Kaljaev (1877–1905) den Unterschied zwischen dem Terror der Sozialrevolutionäre und dem der Bolschewiki deutlich gemacht. Vgl. Isaak Steinberg: Zum Gedenken an I.P. Kaljaev, in: *Znamja*, 8. (März 1921), zu finden in: Willy Birkenmaier (Hrsg.): *Isaak Steinberg von Moskau nach Sydney*, Heidelberg 2001, S. 35 f.

94 Steinberg, Gewalt (wie Anm. 1), S. 181 f.; auf Russisch ist das Zitat zu finden in: Štejnberg, *Navstvennyj lik* (wie Anm. 1), S. 171 f.

95 Lewadin, *Dornenweg* (wie Anm. 83), S. 59.

müsse und nicht umgekehrt. Durch schrankenlosen Terror verliere hingegen erst die Revolution ihre Menschlichkeit, dann aber auch die Menschen. Insofern werde nicht nur die Revolution pervertiert, sondern sie pervertiere umgekehrt auch die Menschen. Was Steinberg schon sehr früh beschrieb, wobei dies vor allem auf seine Erfahrungen zwischen 1917 und 1923 rekurrierte, liest sich wie die vorweggenommene Analyse des stalinistischen Terrors der 1930er Jahre. Gerade hierin liegt sicherlich auch die Besonderheit Steinbergs, der schon sehr früh die schrankenlose und willkürliche Gewalt als strukturelles und systemimmanentes Merkmal der Herrschaft der Bolschewiki beschrieb und Lenin als „Urheber des Terrors“ bezeichnete.<sup>96</sup> In dieser Beziehung gab es für ihn – im Gegensatz zu nicht wenigen westlichen Intellektuellen – auch keinen Kompromiss. Der Äußerung des berühmten französischen Schriftstellers und Pazifisten Romain Rolland (1866–1944), er werde sich an die Seite der Sowjetunion stellen, sofern diese bedroht werde, denn er wisse, dass „sie die heroischste Erfahrung, die sicherste soziale Hoffnung der Zukunft verkörpert“,<sup>97</sup> entgegnete Steinberg:

„Romain Rolland hat von den bitteren Erlebnissen russischer Arbeiter, Bauern, Intellektuellen unter dem Terror gehört. Er weiss, dass in den Gefängnissen die edelsten Kämpfer dreier Revolutionen aussichtslos schmachten. Er weiss, dass die Werktätigen dieses Landes durch eine in solchem Masse noch nie in der Geschichte gewesene Zensur von jeder, ausser der offiziellen, Berührung mit geistigen Werten abgeriegelt sind. Aber er geht darüber hinweg, indem er sich und die Kulturwelt vor eine einzige Alternative stellt: entweder Barbarei der alten Zivilisation oder bedingungslose Unterstützung der bolschewistischen Welt.“

Wie Steinberg weiter ausführte, werde der Kampf gegen die Reaktion nur dann an Geltung gewinnen, „wenn sie mit unerbittlicher Offenheit auch im Lager der Revolution die Wahrheit ausspricht.“<sup>98</sup> Damit hatte Steinberg mehr als deutlich gemacht, dass im Sinne eines ethischen Sozialismus der Kampf gegen Reaktion und Faschismus keineswegs dazu führen dürfe, den Terror der Bolschewiki zu verharmlosen oder sogar zu ignorieren.<sup>99</sup>

Dass Steinberg selbst ein Revolutionär und Sozialist war und zumindest kurzzeitig der Räteregierung angehört hatte, verlieh seinen Aussagen und Warnungen eine erhöhte Legitimität und Glaubwürdigkeit. Tatsächlich war dies von zentraler Bedeutung, wollte doch Steinberg den in seinen Augen pervertierten Sozialismus der Bolschewiki bekämpfen und

96 Steinberg, *Gewalt* (wie Anm. 1), S. 329 (Das Nachwort zur deutschen Ausgabe, in dem sich dieses Zitat befindet, wurde erst im Januar 1931 verfasst).

97 Isaac Steinberg: „Dichter als Politiker“, Datum unbekannt, Papers of Isaac Nachman Steinberg (1888–1957), YIVO, RG 366, Folder 942.

98 Ebenda.

99 1931 schrieb Steinberg im Nachwort zu „Gewalt und Terror in der Revolution“: „Unter dem Deckmantel der ‚Sympathien‘ für Sowjetrußland oder der ‚Verteidigung‘ Sowjetrußlands vor den imperialistischen Gefahren zuliebe sind heute gewisse radikal-bürgerliche Schichten in Europa bereit, die schlimmsten Taten des bolschewistischen Terrors zu billigen, zu entschuldigen oder gar abzuleugnen“, Steinberg, *Gewalt* (wie Anm. 1), S. 337. Vgl. auch Steinberg: *Offener Brief an Ernst Toller vom 12.12.1930*, Papers of Isaac Nachman Steinberg (1888–1957), YIVO, RG 366, Folder 944.

den „wahren“ Sozialismus retten, insbesondere im Westen. So schilderte er im Vorwort zu seiner 1931 erschienenen deutschen Übersetzung seines Werkes „Das sittliche Antlitz der Revolution“ sein persönliches Anliegen, insbesondere über die Gewalt der Bolschewiki zu schreiben, folgendermaßen:

„Das russische revolutionäre Golgatha ist nicht nur eine Arena für die passive Betrachtung seitens der schweigenden Völker. Sie [die Revolution; T. G.] ist ein Leuchtturm und eine Lehre für alle Völker, die sich für die soziale Revolution rüsten. Und in erster Linie soll das Problem der Gewalt an dem Beispiel des gemarterten Rußlands erforscht werden. – Sowjetrußland zeigt das Bild eines vieljährigen grandiosen Sich-Ausbreitens der Gewalt, dabei einer nackten Gewalt, die sich fast gar nicht unter der Maske europäischer Heuchelei versteckt. [...] Laßt unsere Generationen alles sagen und erzählen, was sie gesehen und erlebt hat. Die Revolutionen sind im Leben der Völker reinigende Etappen. Laßt uns mit offenen Augen auf sie blicken und ihnen zwei Gebote entnehmen. Die sozialistische Revolution soll vorbereitet, gestützt und vollbracht werden. Sie soll aber auch geleitet und gelenkt werden.“<sup>100</sup>

Steinberg redete hier der sozialistischen Revolution das Wort, forderte aber gleichzeitig eine Revolution ein, die nicht durch Willkür und Terror pervertiert wird und damit ihre Menschlichkeit verliert. Von welcher großer Bedeutung dies für Steinberg war, wird schon allein daran deutlich, dass er über 20 Jahre später in einer völlig andersgearteten Umgebung erneut auf dieses Anliegen hinwies. In seinem 1953 in den USA erschienenen autobiografischen Werk „In the Workshop of the Revolution“ erklärte Steinberg, dass es ihm bei der Darstellung seiner Erfahrungen während der Oktoberrevolution nicht nur um die historische Wahrheit gehe, sondern dass dieses Werk auch von praktischer Bedeutung in heutiger Zeit sein könne, befänden sich doch 36 Jahre nach der Revolution in Russland Völker und Klassen auf verschiedenen Kontinenten inmitten kolonialer und sozialer Umbrüche. Gerade um diese Völker davor zu bewahren, ebenfalls den Weg der Bolschewiki zu beschreiten, sei, so Steinberg, deren Terror eines der „vorherrschenden Themen“ dieses Buches. Insofern gehe es vor allem darum, dass die Menschheit das Monopol der Revolution den Händen der Bolschewiki entwinde und den Weg zu einem wahren, moralischen Sozialismus einschlage.<sup>101</sup>

Die Revolution nach dem Vorbild der Bolschewiki, und damit wird auch die Frage einer Zäsur virulent, führte nämlich in den Augen Steinbergs keineswegs zu dem langersehnten sozialistischen Umbruch, sondern stand vielmehr für Kontinuität in jeder Beziehung, sei es politisch, sozial oder wirtschaftlich. Allerdings hatten dies Steinberg und die Linken Sozialrevolutionäre zunächst nicht erkannt. Schon 1923 hatte er hinsichtlich der Beteiligung der PLSR an der Koalition mit den Bolschewiki und dem beginnenden Terror eingestehen müssen: „Wir haben nicht begriffen, daß durch dieses anfängliche schmale Tor dieselbe alte Welt mit allen ihren Gefühlen und Werkzeugen wieder zu uns zurückgekehrt ist.“<sup>102</sup> Fünf Jahre später veröffentlichte er anlässlich des zehnten Jahrestags der Oktoberrevolution

100 Steinberg, Gewalt (wie Anm. 1), S. 8 f.

101 Steinberg, Workshop (wie Anm. 6), S. X-XII.

102 Steinberg, Gewalt (wie Anm. 1), S. 44; auf Russisch: Štejnberg, Nravstvennyj lik (wie Anm. 1), S. 37.



eine Schrift, in der er seine Sichtweise einer Kontinuität zur Epoche des Zarismus an verschiedenen Stellen immer wieder betonte: „In einem neuen historischen Gewande, unter dem Mißbrauch des Sozialismus ist ein Cäsarismus wieder erstanden.“<sup>103</sup> „Eine grandiose Chimäre, mit einem Schwert umgürtet, saß auf dem Thron. Der Bolschewismus als sozialer Cäsarismus [sic!] raste im Lande, im Bürgerkrieg, in der Wirtschaft und Politik.“<sup>104</sup> „Der alte bürgerliche Jakobiner, der den Menschen verachtet, erwachte wieder unter sozialistischer Hülle, im Bolschewik.“<sup>105</sup> „Schwindel ist es, wenn der Staat sich beständig ‚Arbeiter- und Bauern‘-Republik nennt, wenn er mit eigenen Händen die Bourgeoisie als Klasse und alle kapitalistischen Methoden als Lebensnorm wieder auffrischt.“<sup>106</sup>

Für Steinberg war die Oktoberrevolution zunächst ein „welthistorischer Sturm“, der Anbruch einer neuen Weltepoche,<sup>107</sup> eine tiefgreifende Zäsur, aber eben keine von Dauer. Dieser Moment des grundstürzenden Umbruchs fand für ihn nur vom Oktober 1917 bis Juli 1918 statt, also gerade so lange, wie die Linken Sozialrevolutionäre noch die Politik der Sowjetrepublik in irgendeiner Form aktiv mitgestalten konnten. Steinberg beschrieb zehn Jahre später sein Hochgefühl in dieser kurzen Phase mit folgenden Worten: „Das Bewußtsein dessen, daß man nicht allein steht, daß von der ganzen Menschheit her brüderliche Wogen von Sympathie zuströmen, zuströmen müssen, erhob die eigene Oktoberarbeit zur Höhe einer Welterlösung.“<sup>108</sup> Aber diese Welterlösung sei schließlich doch ausgeblieben, weil die Bolschewiki den „Roten Oktober“ und den wahren Sozialismus verraten hätten und sich, wie Steinberg es ausdrückte, der „Vergewaltigung der Revolution“<sup>109</sup> schuldig machten.

In Steinbergs Augen führte die langersehnte Zeitenwende nicht zum Sieg des Sozialismus in Russland, sondern letztlich zu einer unerträglichen Kontinuität. Für ihn persönlich bedeutete der Sieg der Bolschewiki einen tiefen Einschnitt, nämlich die weitgehend erzwungene Emigration aus Russland, in das er nie mehr zurückkehren sollte. Paradoxer hätte die Revolution für Steinberg nicht verlaufen können.

Zwar spielte in seinem politischen Engagement während der Revolutionszeit das Judentum vordergründig keine Rolle, allerdings dürfte Steinbergs Rechtsethik, insbesondere seine Einstellung zur Anwendung von Gewalt und Terror wesentlich von seinen religiösen Überzeugungen beeinflusst gewesen sein. Vor dem Hintergrund seiner persönlichen Erfahrungen mit dem allgegenwärtigen Terror der Bolschewiki und ihrem Verrat sozialistischer Ideale unternahm Steinberg, der Zeit seines Lebens ein gläubiger Jude sowie auch ein Anhänger des Sozialismus blieb, in der Emigration den konzeptionellen Versuch einer Synthese dieser beiden Identitäten, indem er die Idee eines religiösen bzw. ethischen Sozialismus

103 Steinberg, Zehn Jahre (wie Anm. 78), S. 43.

104 Ebenda, S. 32.

105 Ebenda, S. 25.

106 Ebenda, S. 41. Vgl. auch seine Äußerung aus dem Jahre 1955: „Yet rarely has a people, in so short a time, been so thoroughly drained of its moral capital by its new regime, as has the Russian people. The establishment of the quasi-new State of the Soviets brought back to a revolutionary-inspired people the psychology and climate of the old empire.“ I.N. Steinberg: Yavneh or Jerusalem?, in: Judaism. A Quarterly Journal of Jewish Life and Thought 4 (1955), H. 3, S. 235-242, hier S. 239.

107 Steinberg, Volkskommissar (wie Anm. 8), S. 165.

108 Steinberg, Zehn Jahre (wie Anm. 78), S. 16.

109 Ebenda, S. 33.

lismus propagierte: Von 1926 bis 1937 gab er eine jiddischsprachige Zeitschrift heraus, die den programmatischen Titel „Fraje scharfn farn jidischn sotsialistischn gedank“ trug.<sup>110</sup>

### Resümee

In seiner kurzen Amtszeit als Volkskommissar für Justiz bemühte sich Steinberg aktiv darum, gegen den Widerstand der Bolschewiki um Lenin, Trockij und Dzierżyński eine gewisse Form der Rechtsstaatlichkeit im revolutionären Russland zu etablieren. Dieses ehrliche, aber vergebliche Bemühen speiste sich zum einen aus seinem durch die Ethik des Judentums bedingten Anspruch auf eine moralische und menschliche Handlungsweise selbst in Zeiten eines revolutionären Umbruchs. Zum anderen hing dies aber auch mit Steinbergs Intention zusammen, das Ansehen der Revolution nicht durch Willkür und Terror beschädigen zu lassen. Auch wenn Steinberg zweifellos eine gewisse Form der Rechtsstaatlichkeit durchsetzen wollte, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass er den von den Bolschewiki eingeschlagenen Weg in eine „Diktatur des Proletariats“, in der die Existenz anderer sozialistischer Parteien nur schwer vorstellbar war, massiv unterstützte. Seine äußerst aktive Beteiligung bei der Sprengung der demokratisch gewählten Konstituante macht diesen Umstand mehr als deutlich. Insofern war es auch nicht der immer mehr um sich greifende Terror der ČK, der die Linken Sozialrevolutionäre unter Federführung Steinbergs zum Austritt aus der Koalitionsregierung mit den Bolschewiki veranlasste, sondern es waren ideologisch-dogmatische Fragen über die weitere Entwicklung der Revolution. Selbst nach dem Bruch der Koalition waren die Linken Sozialrevolutionäre – auch Steinberg trotz vehementer Kritik an der Politik der Bolschewiki – grundsätzlich noch zu einer erneuten Kooperation mit der Partei Lenins bereit. Dies galt selbst für die Zeit nach Steinbergs Haftentlassung, auch wenn nicht klar ist, ob der von ihm der Mehrheit der PLSR verordnete „legalistische“ Kurs auf die Anerkennung der Herrschaft der Bolschewiki zurückzuführen ist oder nur ein Mittel war, um die Voraussetzungen für eine künftige Machtübernahme zu schaffen.

Steinbergs Bedeutung liegt zweifellos darin, dass er einer der Ersten war, der sich vor dem Hintergrund seiner persönlichen Erfahrungen systematisch und eingehend mit dem Terror der Bolschewiki auseinandergesetzt und vor dessen weiterer fataler Entwicklung gewarnt hat. Bereits 1923 erschien in Berlin auf Russisch sein 1920 begonnenes Werk „Das sittliche Antlitz der Revolution“, das 1931 auch in deutscher Übersetzung veröffentlicht wurde. Mit seiner schonungslosen Analyse und Kritik des bolschewistischen Terrors hob er sich bewusst von zahlreichen westlichen Intellektuellen ab, die noch in den 1930er Jahren, als der Terror im Stalinismus seinen Höhepunkt fand, eine äußerst apologetische Haltung gegenüber der Politik der Sowjetunion einnahmen.<sup>111</sup>

110 Zu Steinbergs weiterem Lebensweg vgl. Mikhail Krutikov: Isaac Nahman Steinberg. From Anti-Communist Revolutionary to Anti-Zionist Territorialist, in: *Jews in Eastern Europe 1-2* [38-39] (1999), S. 5-24, sowie Hendrik Wallat: *Oktoberrevolution oder Bolschewismus. Studien zu Leben und Werk von Isaak N. Steinberg*, Münster 2013, S. 13-29.

111 Vgl. hierzu Steinberg, *Gewalt* (wie Anm. 1), S. 337. Vgl. auch Wallat, *Oktoberrevolution* (wie Anm. 109), S. 122.

Steinberg blieb – und auch hier liegt eine weitere Besonderheit seiner Persönlichkeit – sein Leben lang der Ansicht treu, die Oktoberrevolution sei richtig gewesen, aber die Bolschewiki hätten sie bedauerlicherweise verraten und pervertiert. Dies entsprach zum einen sicherlich seiner ehrlichen politischen Überzeugung, zum anderen dürfte dies aber auch eine vielleicht unbewusste Strategie gewesen sein, seinem eigenen Handeln in dieser Zeit trotz der späteren Entwicklung Sinn und Legitimität zu verleihen: Wenn die Oktoberrevolution richtig war und nur die Bolschewiki diese vergewaltigt haben, dann konnte auch Steinbergs Mitwirken an ihr nicht falsch gewesen sein. Darüber hinaus schrieb er aber auch gegen das Vergessen an: Gegen das Vergessen seines eigenen Handelns in dieser Zeit, gegen das Vergessen seiner Partei, der Linken Sozialrevolutionäre und gegen das Vergessen, dass es durchaus ernsthafte Alternativen zur Politik der Bolschewiki gab. Aber das genügte Steinberg noch nicht. Vielmehr ging es ihm auch darum, künftige Revolutionäre davor zu warnen, den gleichen Weg wie die Bolschewiki einzuschlagen. Steinberg wollte sie nicht zuletzt aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen von grundsätzlichen Fehlern abhalten, insbesondere davor, die Revolution in ein System des Terrors zu verwandeln.

#### *Summary*

In his short period of office as People's Commissioner for Justice (December 1917 – March 1918), Isaak Steinberg, a member of the Left-wing Party of Socialist Revolutionaries, actively attempted to establish a certain degree of rule of law within revolutionary Russia. Although in pursuing this policy, Steinberg faced opposition from the Bolsheviks centred around Lenin, Trockijz und Dzierżyński, it should be noted that he was at the same time a fervent supporter of the course the Bolsheviks were pursuing towards a „Dictatorship of the Proletariat“ in which it was hard to imagine the existence of other socialist parties. His support is made all the more evident by his extremely active involvement in the dissolution of the democratically elected Constituent Assembly in January 1918.

The Bolshevik terror was becoming increasingly widespread, and no later than February 1919 this also began to affect Steinberg personally. Steinberg's significance is undoubtedly due to the fact that his writings and publications were among the first to deal closely, and against the backdrop of his personal experiences, with the Bolshevik terror regime, as well as to issue decisive warnings as to the fatal path things were taking. In his eyes, the Bolsheviks had betrayed and perverted the October Revolution. On the one hand, this was doubtless a reflection of his true political beliefs; on the other, however, it may also have been a subconscious strategy by which he hoped to confer a purpose and legitimacy on his own actions during this period, despite later developments. A further purpose of his many writings was to caution future revolutionaries against the path the Bolsheviks had chosen: it was not least because of his personal experiences that he hoped to stop them from making certain fundamental mistakes, and in particular to prevent the revolution from being transformed into a system of terror.